

Oskar Weggel

Taiwan - ein Porträt (7)

Leistungsbewertung und Zukunftsaussichten

Gliederung:

Vorspann

1.

Das "Taiwan-Wunder": Wirtschafts- und Demokratisierungserfolge

1.1.

Worin das Taiwan-Wunder besteht

1.1.1.

Wachstum

1.1.2.

Gleichverteilung

1.1.3.

Die Demokratisierung

1.1.4.

Hypotheken und Schattenseiten

1.2.

Die Gründe für das "Wunder"

1.2.1.

Reduktionistische Antworten

1.2.2.

Determinanten-Vielfalt

1.2.2.1.

"Stabilität"

1.2.2.1.1.

Langjährige "Demokratie"

1.2.2.1.2.

Abbau sozialer Spannungen

1.2.2.2.

Rahmenoptimierung: Die Festlegung kraftvoller wirtschaftlicher Vorgaben

1.2.2.2.1.

Ein starker Staat als Entwicklungsagentur

1.2.2.2.2.

Vermeidung direkter Eingriffe

1.2.2.2.3.

Planvorgaben als Orientierungshilfen und Schrittmacherdienste

1.2.2.2.4.

Berufliche Qualifizierung

1.2.2.3.

Das metakonfuzianische Wertesystem als Treibsatz

1.2.2.3.1.

Unterschätzte Traditionen

1.2.2.3.2.

Der Metakonfuzianismus

1.2.2.3.3.

Die metakonfuzianische Variante des Taiwan-Modells: Sanminzhuyi

1.2.2.4.

Entwicklungsrichtigkeit

2.

Zukunftsaspekte der chinesischen Teilung

2.1.

Prozessuale Perspektiven

2.1.1.

Sechs Möglichkeiten

2.1.1.1.

Das Gespenst von vorgestern: Die militärische Option

2.1.1.2.

Außenpolitische Isolierung Taiwans?

2.1.1.3.

Außenwirtschaftliche Strangulation Taiwans?

2.1.1.4.

Verhandlungsoption

2.1.1.5.

Eine plebiszitäre Entscheidung?

2.2.1.

Die "Ein Staaten"- und Unabtrennbarkeitsthese

2.2.1.1.

Varianten der Ein-Staaten-Option

2.2.1.2.

Die deutsche Wiedervereinigung als Vorbild?

2.2.2.

Forderungen nach einer Unabhängigkeit Taiwans

2.2.3.

"Offenlassen" und auf Zeitgewinn setzen

3.

Taiwans künftige Stellung im internationalen System

3.1.

Außenwirtschafts- statt Außenpolitik

3.2.

Die künftige Rolle Taiwans im Weltgeschehen

3.2.1.

Modellfunktion

3.2.2.

Drehscheibenfunktion: Taiwan als Vorhut der "Blauen Kultur" Chinas

3.2.3.

Bestandteil eines neuen Weltwirtschaftszentrums

Vorspann:

Die bisherige Untersuchung hat Taiwan *historisch* abzulichten versucht, d.h., einen Film der laufenden Ereignisse gezeigt, bei dem das Schwergewicht auf die Zeit nach 1945 - und hier wiederum ganz besonders bei den 80er Jahre - gelegt wurde.

Zum Abschluß - und im Kontrast zu den vorangegangenen Teilen - sollen nun einige systematische Betrachtungen folgen, in denen die Leistungen von Staat und Gesellschaft seit 1945 bewertet werden und die auch Ausblicke auf die weitere sozioökonomische Einteilung, auf die "China-Frage" und auf die künftige Stellung Taiwans in der Welt skizzieren sollen.

1.

Das "Taiwan-Wunder": Wirtschafts- und Demokratisierungserfolge

1.1.

Worin das Taiwan-Wunder besteht

Was gemeinhin als "Taiwan-Mirakel" bezeichnet wird, besteht im wesentlichen aus drei Elementen, nämlich (1) dem Wirtschaftswachstum, das in der Dritten Welt seinesgleichen sucht, (2) der gleichmäßigen Verteilung des neugewonnenen Reichtums und (3) dem Durchbruch zu Demokratisierung.

1.1.1.

Wachstum

Innerhalb von nur vier Jahrzehnten hat sich Taiwan von einer bäuerlichen zu einer Industriegesellschaft gewandelt. Dies dabei vorgelegte Tempo läßt sich vor allem aus den ungestümen Wachstumsraten des Zeitraums zwischen 1953 und 1988 (Tab.1) entnehmen. In diesen 3½ Jahrzehnten wuchs das Brutto sozialprodukt jährlich um durchschnittlich 8,9%, der Produktionswert der Industrie um 13,1%, der Export um 22,5%, der Import um 19,5%, wobei die Ergebnisse zwischen 1973 und 1988 zwar etwas abgeflacht, aber immer noch eindrucksvoll genug ausgefallen sind. Das Pro-Kopf-Einkommen wuchs von 50 US\$ i.J. 1952 auf 6.045 US\$ i.J. 1986.¹ Statistisch teilten

sich 1952 1.000 Personen in ein Automobil und drei Telefone. 1985 dagegen trafen auf 1.000 Einwohner 70 Privatautos, 294 Telefone, 230 Fernsehgeräte, 215 Kühlschränke, 342 Motorräder und 195 Zeitungs- oder Zeitschriftenabonnements.² Taiwan hatte hier also bereits in vielerlei Hinsicht zum westlichen Lebensstandard aufgeschlossen.

1.1.2.

Gleichverteilung

Beziffert man die "Einkommensverteilung" nach dem international üblichen Schema, indem nämlich das Einkommen der "oberen 20%" der Gesellschaft zu dem der "unteren 20%" in Beziehung gesetzt und der letztere durch den ersteren Wert dividiert wird, so ergibt sich, wie Tab.2 zeigt, für 1953 ein Verhältnis von 20,47 (errechnet aus 61,61:3), für 1970 ein Verhältnis von 4,61, für 1980 4,17 und für 1987 4,69.

Auf sein Idealmaß³ hatte sich Taiwan i.J. 1980 eingependelt als der Koeffizient nämlich den Tiefenrekord von 4,17 erreichte - zumindest gilt das "sindian er bei" ("4,2") seither als Maßlatte der Regierungspolitik, deren Niveau

zwar nie mehr ganz erreicht, andererseits aber auch nie mehr aus dem Auge verloren wurde.

Nach einer Untersuchung der IBRD (International Bank for Reconstruction and Development), die der Einkommensverteilung in 50 Entwicklungsländern nachgegangen war, hatte im Weltmaßstab damals nur Israel eine noch "egalitärere" Einkommensverteilung aufzuweisen als Taiwan.⁴

Einer der Hauptgründe für dieses Ebenmaß der Verteilung hatte darin bestanden, daß die Reformer, von der Sanminzhuyi-Ideologie beraten, lange Zeit kaum Großindustrie, dafür aber um so nachhaltiger Klein- und Mittelunternehmen gefördert hatten. Die arbeitsintensive Kleinindustrie wiederum erwirtschaftete zwar stattliche Profite, hatte aber den Großteil der Gewinne wieder in Form von Löhnen zu verausgaben, so daß am Ende trotz rapiden Wachstums der Gesamtwirtschaft im Mikrobereich keine Einkommensdisproportionen aufkommen konnten.

Mit dem Übergang von der arbeitszur technologie- und kapitalintensiven Produktionsweise in den 80er Jahren begann sich die Gesellschaft freilich tendenziell wieder in Reiche und Arme aufzuspalten. Erschwerend kam hinzu, daß nun auch die Spekulation mit Aktien und Boden fieberhafte Ausmaße annahm und daß ein Teil der Bevölkerung sich auf Kosten der Wohnungssuchenden sowie der unselbständigen Einkommensbezieher bereicherte. Die Folgen dieser Verzerrungen zeigten sich u.a. darin, daß 1988 das Durchschnittseinkommen der oberen 20% Haushalte um 12,6%, das der untersten 20% aber nur um 8,9% anstieg. Die Einkommensschere, die noch 1980 beim nur 4,17fachen gelegen hatte, öffnete sich infolgedessen 1988 auf 4,69 und 1989 sogar auf 4,85. In diesem Zeitraum war das lohnabhängige Einkommen weniger schnell gestiegen als das kapitalabhängige. Außerdem hatte die Zahl der Vermieter - häufig auch der Miethäie - zugenommen.⁵

Trotz dieser Verschlechterung aber gehörte Taiwan, was die Einkommensgerechtigkeit anbelangt, nach wie vor zu den Weltspitzenreitern.

Tabelle 2: Einkommensverteilung (nach Haushalten)

Jahr	Ärmstes Fünftel	Zweites Fünftel	Drittes Fünftel	Viertes Fünftel	Reichstes Fünftel	Verhältnis d. reichsten 20% zu den ärmsten 20%
1953	3.0	8.7	9.1	18.2	61.6	20.47
1959	5.7	9.7	13.9	19.7	51.0	8.95
1961	4.5	9.7	14.0	19.8	52.0	11.56
1964	7.7	12.6	16.6	22.0	41.1	5.34
1966	7.9	12.4	16.2	22.0	41.5	5.25
1968	7.8	12.2	16.3	22.3	41.4	5.31
1970	8.4	13.3	17.1	22.5	38.7	4.61
1972	8.6	13.2	17.1	22.5	38.6	4.49
1974	8.8	13.5	17.0	22.1	38.6	4.39
1976	8.9	13.6	17.5	22.7	37.3	4.19
1978	8.9	13.7	17.7	22.7	37.2	4.18
1980	8.8	13.9	17.7	22.8	36.8	4.17
1981	8.8	13.8	17.7	22.8	37.0	4.21
1982	8.7	13.8	17.6	22.7	37.3	4.29
1983	8.6	13.7	17.5	22.7	37.6	4.36
1984	8.5	13.7	17.6	22.8	37.4	4.40
1985	8.4	13.6	17.5	22.9	37.6	4.50
1986	8.3	13.5	17.4	22.7	38.2	4.60
1987	8.1	13.5	17.5	22.8	38.0	4.69

Quelle: Shirley W. Y. Kuo, *The Taiwan Economy in Transition* (Boulder, Colo.: Westview Press, 1983), 96-97; CEPD, *Taiwan Statistical Data Book 1989*, 61-62.

Auf ihre "growth with equity"⁶-Erfolge ist die RCh-Führung nicht wenig stolz, zumal die Praxis der Inselwirtschaft Theorien widerlegt hat, denen zufolge jedes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern in aller Regel mit Einkommensverzerrungen erkauft werden müsse - zumindest im Anfangsstadium. Eine der bekanntesten Formulierungen dieser Theorie stammt von Simon Kuznetz.⁷

Weitere Prüfsteine für "soziale Gerechtigkeit" sind der Beschäftigungsgrad und die Preisstabilität (siehe auch Tab.3).

Arbeitslosigkeit war in Taiwan lange Zeit ein Fremdwort, nachdem sie von 2,9% i.J. 1972 auf 1% i.J. 1988 gesunken war. Diskussionen kamen hier erst wieder auf, als die Zahl der Nichtbeschäftigten im Juli 1990 1,96% und im August sogar die "Alarmgrenze" von 2% überstiegen hatte - mit der Folge, daß 200.000 Personen - unter ihnen zahlreiche Akademiker - keine Arbeit hatten.⁸

Was die Inflationsrate anbelangt, so lag sie für Verbraucherpreise zwischen 1973 und 1988 bei jährlich durch-

Tabelle 1: Wachstumsindikatoren

Zeitraum	Bevölkerung	BSP*	BSP* pro Kopf	Landwirt. Prod.**	Industr. Prod.**	Trans. u. Verkehr**	Geld	Verbr.- preise	Groß- handels- preise	Ausfuhr (zu laufenden Preisen)	Einfuhr
1953	103.8	109.3	105.9	115.4	125.4	118.4	...	118.8	108.8	135.1	108.7
1954	107.6	119.8	112.0	115.4	132.5	136.0	...	120.8	111.3	98.8	130.4
1955	111.7	129.5	116.7	118.7	149.7	158.0	...	132.7	127.0	130.6	124.2
1956	115.5	136.6	118.8	124.9	155.0	170.0	...	146.7	143.2	199.7	189.5
1957	119.2	146.5	123.5	134.9	174.6	189.1	...	157.7	153.5	250.3	207.6
1958	123.5	156.1	127.5	144.7	189.3	206.7	...	159.7	155.7	263.0	221.3
1959	128.3	168.2	133.0	147.1	211.8	221.2	...	176.6	171.6	388.8	332.4
1960	132.8	179.1	137.1	148.0	242.0	230.3	...	209.2	195.9	406.4	426.3
1961	137.2	191.3	142.0	158.8	279.9	246.6	100.0	225.6	202.2	532.2	509.0
1962	141.6	206.4	148.7	163.7	302.4	250.3	105.0	230.9	208.4	595.0	480.6
1963	146.2	225.7	157.9	166.6	330.2	265.5	134.5	236.0	221.9	904.8	571.8
1964	150.8	253.5	172.2	182.4	400.0	311.9	181.6	235.6	227.4	1,182.7	677.5
1965	155.4	281.4	185.9	194.5	465.1	344.8	210.3	235.4	216.8	1,225.3	880.2
1966	159.9	306.6	197.2	201.6	537.9	378.2	236.0	240.0	220.0	1,461.2	985.3
1967	163.6	339.2	212.7	215.8	627.8	415.0	307.0	248.1	225.6	1,745.8	1,275.7
1968	167.9	370.1	226.7	232.4	768.0	476.7	342.4	267.7	232.3	2,150.4	1,430.0
1969	176.4	403.6	241.7	229.7	920.7	534.7	395.8	281.2	231.6	2,859.3	1,919.8
1970	180.6	449.3	263.5	245.5	1,105.9	612.4	455.2	291.3	238.0	4,036.6	2,412.6
1971	184.5	507.8	291.8	252.3	1,366.9	707.5	594.3	299.5	238.0	5,614.2	2,919.1
1972	188.1	575.7	324.7	263.9	1,656.8	795.3	796.9	308.6	248.6	8,142.0	3,979.1
1973	191.5	649.3	359.5	282.4	1,924.9	923.6	1,198.4	333.8	305.5	11,629.6	5,727.6
1974	195.0	656.8	357.1	281.4	1,837.9	1,009.1	1,323.8	492.2	429.4	14,558.4	10,477.5
1975	198.7	685.8	366.1	277.5	2,011.8	1,113.0	1,704.5	518.0	407.6	13,724.0	8,940.4
1976	203.1	779.7	407.8	312.7	2,481.1	1,293.0	2,131.5	530.9	418.9	21,111.2	11,414.9
1977	206.9	859.7	440.7	329.9	2,811.8	1,469.2	2,847.0	568.3	430.5	24,198.8	12,784.8
1978	210.8	980.2	493.2	330.9	3,445.6	1,620.7	3,899.4	601.1	445.7	31,914.8	16,122.3
1979	215.0	1,063.2	524.7	357.0	3,664.5	1,732.1	4,200.8	659.7	507.3	39,461.8	21,039.4
1980	219.1	1,138.8	551.3	360.8	3,914.8	1,831.9	5,154.7	785.1	616.6	48,514.6	28,086.6
1981	223.1	1,204.1	572.3	356.0	4,053.3	1,974.9	5,865.2	913.4	663.6	56,522.9	30,739.6
1982	227.1	1,244.8	581.1	362.3	4,017.8	2,074.4	6,721.4	940.5	662.4	58,872.5	29,059.8
1983	230.5	1,343.9	677.2	376.9	4,527.2	2,242.5	7,960.8	953.2	654.6	68,489.2	32,132.0
1984	233.9	1,485.8	672.4	388.7	5,062.1	2,398.2	8,697.5	951.0	657.7	82,063.8	34,380.6
1985	236.9	1,562.0	697.2	400.5	5,197.0	2,477.5	9,760.6	951.4	640.6	83,311.9	31,656.0
1986	239.4	1,744.1	769.6	399.2	5,917.2	2,590.7	14,779.4	958.0	619.2	102,629.6	36,179.3
1987	242.0	1,950.9	851.7	432.3	6,549.1	2,830.8	20,369.2	963.0	599.1	116,188.7	43,944.1
1988	244.9	2,093.9	904.5	437.7	6,829.0	3,087.6	25,334.1	975.2	589.7	117,811.0	56,163.2

* in Preisen von 1981

** Quantität

Tabelle 3: Beschäftigungs- und Arbeitslosendaten

Jahr	Primärsektor	Sekundärsektor	Tertiärsektor	Arbeitslosenrate
1952	56.1	16.9	27.0	2.9
1953	55.6	17.6	26.8	2.7
1954	54.8	17.7	27.5	2.6
1955	53.6	18.0	28.4	2.4
1956	53.2	18.3	28.5	2.3
1957	52.3	19.0	28.7	2.3
1958	51.1	19.7	29.2	2.4
1959	50.3	20.3	29.4	2.4
1960	50.2	20.5	29.3	2.5
1961	49.8	20.9	29.3	2.6
1962	49.7	21.0	29.3	2.5
1963	49.4	21.3	29.3	2.6
1964	49.5	21.3	29.2	2.5
1965	46.5	22.3	31.2	1.9
1966	45.0	22.6	32.4	1.7
1967	42.5	24.6	32.9	1.3
1968	40.8	25.4	33.8	1.0
1969	39.3	26.3	34.4	1.1
1970	36.7	28.0	35.3	1.0
1971	35.1	29.9	35.0	1.0
1972	33.0	31.8	35.2	0.8
1973	30.5	33.7	35.8	0.8
1974	30.9	34.3	34.8	0.9
1975	30.4	34.9	34.7	1.4
1976	29.0	36.4	34.6	1.0
1977	26.7	37.6	35.7	1.1
1978	24.9	39.3	35.8	1.0
1979	21.5	41.8	36.7	0.7
1980	19.5	42.4	38.1	0.7
1981	18.8	42.2	39.0	0.8
1982	18.9	41.2	39.9	1.2
1983	18.6	41.1	40.3	1.6
1984	17.6	42.3	40.1	1.4
1985	17.5	41.4	41.1	1.7
1986	17.0	41.5	41.5	1.6
1987	15.3	42.7	42.0	1.2
1988	13.7	42.6	43.7	1.0

Quelle: CEPD, *Taiwan Statistical Data Book 1989*, 14, 16.

schnittlich 5,5%, wobei sich allerdings eine höchst ungleichmäßige Entwicklung zeigte. Extreme Ausschläge gab es vor allem im Umfeld der beiden Ölkrise, nämlich 1974 (+40,6%) und 1980 (+19%!). (Tab.1)

Egalisierend hat auch das hochentwickelte Schul- und Gesundheitswesen auf die Gesellschaft Taiwans eingewirkt.

Auch beim Verstärkerungsprozeß liegt Taiwan günstig im asiatischen Gesamtfeld, d.h., es gibt geringere Spannungen zwischen Stadt und Land als im übrigen Asien. Dort haben sich bekanntlich enorme Gefälle zwischen Metropolen und Dörfern aufgetan, die von hauchdünnen Städteranteilen (Bhutan: 5%, Nepal: 7%, Kambo-

dscha: 11%, Bangladesh: 13%, Laos: 16%) bis zu höchsten Verdichtungen reichen (sämtliche Zahlen 1987): Nordkorea und Brunei: 64%, Südkorea: 65%, Taiwan: 67%, Japan: 76%, Hongkong: 92% und Singapur 100%. Bei den asiatischen Großstaaten bewegen sich diese Werte von 22% (Indonesien) über 25% (Indien), 28% (Pakistan) und 33% (VR China) bis 40% (Philippinen). Taiwan nimmt, wie die Vergleichszahlen zeigen, alles in allem eine gute Mittelposition ein. Die Insel ist ferner auch von anderen typischen Dritte-Welt-Ungleichgewichten verschont geblieben, wie sie beispielsweise in Thailand oder auf den Philippinen bestehen: Bangkok hat beispielsweise 60mal so viele Einwohner wie die zweitgrößte Stadt Thailands, Chiang Mai, und Manila auch noch 9mal soviel wie die zweitgrößte Stadt der Philippinen, Davao.

Wie man die Zahlen und Werte auch dreht und wendet: Taiwan zeigt sich in fast allen Bereichen als "Musterschüler" Asiens.

1.1.3.

Die Demokratisierung

Auf Taiwan ist es ferner gelungen, einen Prozeß in Gang zu setzen, den viele Beobachter lange Zeit für unmöglich gehalten hatten (vgl. dazu C.a., Juni 1990, S.487 ff.), nämlich die Demokratisierung einer konfuzianischen Gesellschaft.

Äußere und innere Bewegungsursachen haben diesen Wandel ausgelöst:

Äußere Anlässe waren das Aufkommen immer neuer Bürgerbewegungen (dazu C.a., August 1990, S.641 ff.), vor allem aber die wohlwollende Duldung des Partizipationsprozesses durch den seit Mitte der 80er Jahre tödlich erkrankten Jiang Jingguo. Selbst MJD-Abgeordnete geben heute offen zu, daß es ohne Jiang Jingguo keinen - oder zumindest keinen so raschen - Durchbruch der Demokratisierungsbewegung gegeben hätte.⁹

Innere Antriebskräfte waren, wie ausführlich dargelegt (C.a., August 1990, S.633-641), der wachsende Wohlstand, das immer differenziertere Ausbildungswesen, die dichter werdende Kommunikation, der zunehmende Urbanisierungsprozeß, das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Schichten und der Wertewandel. Vor allem die neue

Mittelklasse, die sich im wesentlichen aus Groß- und Kleinunternehmern, Intellektuellen und Beziehern selbständiger Einkommen rekrutiert, und die schon 1990 rd. ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung ausmachte, übte seit Jahren immer stärkeren Partizipationsdruck aus. Die Allmacht des Staates wurde dadurch zunehmend relativiert, mit der Folge, daß seine alte "Rundumfunktion" als Ordner, Schlichter und Wächter zugunsten der immer stärker werdenden gesellschaftlichen Interessengruppen zurückging.¹⁰ Vereinigungen aller Art, angefangen von den Bauern- und Bewässerungs- bis hin zu den Industrie-, Handels- und Lehrervereinigungen, begannen auf Mitsprache zu pochen. Gesellschaftliche Themen wie Umweltschutz, Verbraucherrechte, Frauengleichheit, Menschenrechte und akademische Freiheiten wurden zur Angelegenheit immer breiterer Gesellschaftsgruppen.

Auch die zunehmende "Taiwanisierung" zog Demokratisierungseffekte nach sich: Von den 20 Millionen Einwohnern Taiwans waren 1990 nur noch rd. 14% "Festländer", d.h. Angehörige oder Nachkommen jener Bevölkerungsteile, die zwischen 1945 und 1949 nach Taiwan eingewandert waren. Man vergesse jedoch nicht, daß 1,5 Millionen (= 55%) dieser sog. "Festländer" bereits auf Taiwan geboren, insgesamt also rd. 93% aller Einwohner der Insel auf Taiwan zur Welt gekommen sind. Die Folgen dieses elementaren Tatbestands haben sich bereits auf die Zusammensetzung der wichtigsten politischen Körperschaften niedergeschlagen. Gab es im Kabinett von 1962 nur rd. 8% "Taiwanesen", so waren es Anfang 1990 74%. Im Ständigen Ausschuß des ZEK stieg ihr Anteil von 14% i.J. 1973 auf 52% i.J. 1988. Sie befinden sich zwischenzeitlich also (fast) überall in der Mehrheit und stellen überdies den Staatspräsidenten und GMD-Parteichef.¹¹

Angeichts der Bevölkerungszusammensetzung ist die weitere Taiwanisierung unaufhaltsam - und der Partizipation übrigens durchaus förderlich.

Bei dem seit Mitte der 80er Jahre offen zutage getretenen Demokratisierungsprozeß handelte es sich also keineswegs um eine Eintagsfliege, zumal sich partizipative Ansätze ja bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten hatten herausentwickeln können, selbst

wenn dieser Prozeß von zahlreichen Geburtswehen begleitet war. Lokalwahlen beispielsweise gehörten, wie ausgeführt, bereits seit Anfang der 50er Jahre, Zentralwahlen aber seit 1969 zur Tagesordnung; seit 1986 sind auch Oppositionsparteien zu einer als selbstverständlich empfundenen Einrichtung im politischen Leben geworden. Richtet man den Blick aufs Festland, wo auch zu Beginn der 90er Jahre noch die Politik der "Drei Nein" (kein Pluralismus, kein Vielparteiensystem und keine Außer-KP-Opposition) gilt, so läßt sich mit Händen greifen, wie außergewöhnlich die demokratische Entwicklung auf Taiwan ist.

Zum Hauptgaranten für die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses auf Taiwan ist inzwischen die neue Parteienvielfalt geworden, deren Zahl sich im Laufe der Jahre allerdings verringern dürfte. Möglicherweise bewegt sich Taiwan sogar auf ein Zweiparteiensystem zu, das als solches übrigens auch den Wünschen der MJD entspricht.¹²

Die MJD sieht ihr Wählerpotential langfristig bei den Intellektuellen, beim Personal der KMU (Klein- und Mittelunternehmen) und vielleicht sogar auch bei einem Teil der Bauern. Keine Chance andererseits rechnet sie sich bei den Großunternehmen sowie bei den Regierungsangestellten aus. Mit Besorgnis mußte sie bei den Dezember- und Januarwahlen 1989/90 zur Kenntnis nehmen, daß viele Wähler nicht so sehr MJD-Sympathisanten als vielmehr Anti-GMD-, also: Protestwähler waren/sind. Gleichwohl hofft sie, von dem in der neuen Gesellschaft Taiwans angelegten Pluralismus profitieren zu können, vor allem von dem in 3½ Jahrzehnten mächtig angewachsenen Wunsch nach politischen Alternativen.

Die GMD hat auf die zwischenzeitlichen Veränderungen, vor allem aber auf die Wahlerfolge der MJD, schnell reagiert und sich einige der oppositionellen Reformvorstellungen nicht weniger rasch zu eigen gemacht, als es beispielsweise bei den konservativen Parteien der Bundesrepublik der Fall war, die inzwischen ohne Ausnahme "grüne" Forderungen in ihr Programm übernommen haben.

Die MJD wiederum hofft, die GMD vor allem mit Hilfe von Plebisziten entzweifeln zu können, sei es nun zu

Fragen des Umweltschutzes (man denke an die Kampagnen gegen die Errichtung eines vierten KKW) oder der Privatisierung staatseigener Unternehmen, sei es zur taiwanesischen Gretchenfrage, wie es die Bevölkerung nämlich mit einer unabhängigen "Nation Taiwan" halte.¹³

Die MJD hat sich viel vorgenommen: Sie will zum Sauerteig der Demokratisierung Taiwans und damit zum Vorbild für den letztendlichen politischen Bewußtseinswandel auf dem Festland werden, also Modelle für ein Viertel der Menschheit setzen.¹⁴ Ansprüche dieser Art sind ganz gewiß überzogen, doch zwingen sie die GMD, hier mitzuziehen. Langfristig dürfte auch dieser Wettstreit um das bessere demokratische "Gesicht" dem Partizipationsprozeß in Taiwan zugute kommen.

1.1.4.

Hypotheken und Schattenseiten

Die bisherigen Erfolge sind um so höher zu bewerten, als Taiwan mit einer Reihe von Hypotheken belastet ist, die auf den ersten Blick dazu angetan scheinen, jeden Entwicklungsansatz bereits im Keime zu ersticken:

Da ist, erstens, die kleine Fläche von nur rd. 9.000 qkm wirtschaftlich nutzbaren Landes - ein Areal, das in etwa der Fläche der Regierungsbezirke Niederbayern oder Unterfranken entspricht. Der Rest ist gebirgig. Ferner ist Taiwan das zweitdichtest besiedelte Land der Welt mit 553 (alte Bundesrepublik: 236) Personen pro Quadratkilometer (i.J. 1988). Nur in Bangladesch müssen sich die Menschen noch enger zusammendrängen. Die "Überbevölkerung" Taiwans zeigt sich vor allem in dem meist eher ruhenden als fließenden Straßenverkehr der großen Städte. Drittens ist Taiwan arm an natürlichen Rohstoffen, viertens hatte das Land vier Jahrzehnte lang enorme Rüstungslasten zu tragen, fünftens war es seit dem Ausschluß aus der UNO i.J. 1971 außenpolitisch weitgehend isoliert und sechstens wurde es von den bisherigen zwei Ölkrisen angesichts seiner extremen Außenwirtschaftsabhängigkeit besonders hart getroffen: Nur Puerto Rico und die Niederlande sind ja noch ein wenig weltmarktabhängiger als Taiwan!

All diese Ausstattungsmängel und Rückschläge haben dem wirtschaftlichen Erfolg jedoch nichts anhaben

können; so hatte Taiwan z.B. noch zu Beginn der 90er Jahre die höchsten Devisenreserven der Welt, konnte sich als Sparweltmeister präsentieren und führte auch im Bereich einiger Exportartikel die Weltliste an.

Angesichts solcher Hindernisse erscheint das "Wunder Taiwan" noch etwas beeindruckender als es ohnehin schon ist. Freilich werden die Sonnenseiten zwischendurch immer wieder von düsteren Entwicklungen überschattet: So stieg beispielsweise, wie erwähnt, die Arbeitslosenrate im August 1990 auf über 2%, die Verbraucherpreise erhöhten sich im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 6%, auf dem durch den TAIEX-Index objektivierbaren Aktienmarkt gab es zum gleichen Zeitpunkt einen abgrundtiefen Sturz von sage und schreibe 12.682 Punkten (10.2.1990) auf 2.596 (26.9.1990), und die Devisenreserven gingen von 73 Mrd. US\$ Anfang 1990 auf 63 Mrd. im September 1990 zurück.¹⁵ Abgenutzt freilich war der Elan damit noch lange nicht: Die Investitionen gingen ungebrochen weiter, bei den Devisenreserven war das Land lediglich vom ersten Platz (weltweit!) auf den dritten Platz zurückgefallen, und sogar die Arbeitslosenrate lag noch um Äonen günstiger als bei den meisten asiatischen (und europäischen!) Staaten - gar nicht zu reden von den Preissteigerungen, die sich ebenfalls unter dem allgemeinen Welt-niveau bewegten. Lediglich an der bisherigen taiwanesischen Normalität gemessen nahmen sich die Schwankungen als "Rückschläge" aus!

Die Führung in Taibei reagierte gleichwohl seismographisch auf jeden noch so kleinen Ausschlag. Lethargie blieb ein Fremdwort.

Auch die Zukunft wird von den Wirtschaftsstrategen auf alle Denkmöglichkeiten hin durchsimuliert. Man will sich unter keinen Umständen überraschen lassen, sondern jede Eventualität im Auge - und im Griff - behalten.

Bei einem taiwanesischen Informationsbesuch im November 1990 hat der Autor verschiedenen Gesprächspartnern die stets gleiche Frage gestellt, wo sie nämlich die Herausforderungen der nächsten Jahre hauptsächlich sähen; die Antworten zeigten fast stets die gleiche Reihenfolge: (1) Wiedervereinigung, (2) zunehmende Umweltver-

schmutzung, (3) Überbevölkerung, d.h. ungünstiges Verhältnis zwischen Boden und Einwohnern, (4) zunehmende Ungleichgewichte, vor allem bei der Verteilung des Sozialprodukts (wachsende Wohnungsnot!), bei der Gewichtung zwischen den einzelnen Sektoren (hier bereitet vor allem das starke Zurückfallen der Landwirtschaft Sorgen) und bei der Balance zwischen den Regionen: der Osten Taiwans hinke um Jahre hinter den Westregionen her! Schließlich werden (5) auch Identitätsprobleme genannt: die Nachahmung des Westens, vor allem der USA, in nahezu sämtlichen Belangen der Wirtschaft, der Ausbildung und des Lebensstils rührten auf manchmal beklemmende Weise an das Selbstverständnis.

Doch finden die Kritiker schnell auch wieder Trost in der uralten Weisheit des Daoismus, daß es nirgends Licht ohne Schatten und nirgends Erfolg ohne Rückschläge gibt. Die Dinge befänden sich ständig in Bewegung. Es komme lediglich darauf an, den richtigen "Weg" (dào) zu kennen oder - moderner ausgedrückt - "entwicklungsrichtig" zu liegen (dazu 1.2.2.4.).

1.2.

Die Gründe für das "Wunder"

1.2.1.

Reduktionistische Antworten

Ein "Wunder" ist nur so gut - und tragfähig - wie die Summe der Elemente, denen es seine Entstehung verdankt.

Auf der Suche nach diesen "Mikroprozessoren" gerät man leicht in die Versuchung des Reduktionismus, d.h. in die Gefahr, vorschnell dem Suggestionseffekt einfacher Formeln zu erliegen, die auf einen Schlag alles erklären.

So will beispielsweise Hillebrandt¹⁶ den Erfolg Taiwans (und Südkoreas) mit dem "Rezept" "Marktwirtschaft + aktive Strukturgestaltung + kontrollierte Außenwirtschaftsverflechtung" deuten. Taiwan und Korea seien die "klassischen Beispiele dafür, daß die kombinierte Strategie von Importsubstitution und Exportdiversifizierung funktionieren kann".

In der Tat hat Taiwan seine ursprünglich binnenmarktorientierte Industrialisierung schon bald aufgegeben und bereits 1958 auf einen weltmarktorien-

tierten Kurs umgeschaltet; ganz gewiß auch hatte die Binnenmarktproduktion längere Zeit als Pflanzbeet für systematische Lernprozesse gedient. Wenn Taiwan dann doch schon nach kurzer Zeit (und nicht etwa, wie Hillebrandt¹⁷ meint, "nach mehr als 25 Jahren") auf Exportorientierung umgeschaltet hat, so hing dies mit zwei höchst taiwanesischen Gegebenheiten zusammen, die weit über die von Hillebrandt angegebenen Grundelemente hinausführen und die sich deshalb nicht ohne weiteres auf andere Länder der Dritten Welt übertragen lassen. Zum einen nämlich war der Binnenmarkt der Insel schon nach wenigen Jahren für Substitutionsansätze zu eng geworden, zum andern hat es gerade die im metakonfuzianischen Wertesystem so ausgeprägte "Korporativität" ermöglicht, daß sich die Entscheidungsträger - angefangen von den Kapitalinhabern über die Bürokratie bis hin zu den Arbeitnehmervertretern - ungewöhnlich schnell auf eine neue strategische Weichenstellung einigen konnten.

Beide Gegebenheiten spielten auch beim zweiten Strategiewechsel eine Rolle, der in den 80er Jahren stattfand und in dessen Verlauf Taiwan von "Arbeits- auf Technologieintensität umschaltete". Auch diesmal war die Inselwirtschaft erneut auf Grenzen gestoßen, insofern nämlich einerseits zahlreiche nachrückende Entwicklungsländer, u.a. die VR China, Indien und Pakistan, mit ihren niedrigen Lohnkosten die bisherigen Wettbewerbsvorteile Taiwans abschöpften, und insofern gleichzeitig die traditionellen Industriestaaten damit begannen, durch umfassende Technologieinnovationen verlorene Wettbewerbspositionen wieder zurückzuerobieren, so daß Taiwan plötzlich befürchten mußte, zwischen Hammer und Amboß zu geraten. Aus dieser Gefahrenlage gab es offensichtlich nur einen echten Ausweg, nämlich den großen Sprung in die technologische Modernisierung, der Taiwan zu den Industrienationen aufschließen lassen sollte. Der erneute Wechsel war in der Kürze und Entschlossenheit, wie er erfolgte, nur möglich, weil angesichts der dem Metakonfuzianismus anhaftenden Korporativität sämtliche Ampeln schnell auf Grün geschaltet werden konnten.

Die äußeren Herausforderungen, die mit der spezifischen Inselsituation Taiwans zusammenhängen, und die in-

neren Vorgaben des Metakonfuzianismus ergaben m.a.W. einen Synergieeffekt, der dem qualitativen Wandel günstig war, der sich aber wegen seiner Spezifik kaum auf andere Entwicklungsländer übertragen läßt.

Etwas differenzierter fallen die Erklärungen aus, mit denen das offizielle Taibei seine Erfolge zu deuten versucht: Zwei dieser Verlautbarungen seien hier angeführt:

In einer für ausländische Leser bestimmten Broschüre wird das "Wirtschaftswunder" als "natürliches Ergebnis" von fünf Faktoren hingestellt, die sich stichwortartig folgendermaßen umreißen ließen: (1) politische Stabilität (Näheres dazu unten 1.2.2.1.), (2) phasengerechte Entwicklung mit Hilfe von Wirtschaftsplänen, (3) Anwendung flexibler Strategien, die sich spiralförmig entfaltet hätten, und zwar, beginnend bei der Landwirtschaft über die Leicht- und Schwerindustrie bis hin zur Technologieintensität, und von der Importsubstitution über die Exportförderung bis hin zur Hightech-Zusammenarbeit, (4) US-Hilfe in den Anfangsjahren (1950-65) und (5) harte Arbeit.¹⁸

Erstaunlicherweise bleibt in diesem Zusammenhang die Bodenreform unerwähnt, ohne deren erfolgreiche Umsetzung der schnelle wirtschaftliche Aufstieg Taiwans wohl kaum möglich gewesen und ohne die es gewiß auch nicht zu "politischer Stabilisierung" gekommen wäre.

In einer anderen, für den "einheimischen Konsum" gedachten Darstellung werden als Exlezier vier Elemente hervorgehoben, nämlich (1) die Rahmenplanung mit Hilfe von Vier- und Sechsjahresplänen, (2) eine dreifach instrumentierte "Wirtschafts-Aufbaupolitik" (jingji jianshe zhengce), die sich dreier Parolen bedient habe: "Mit Hilfe der Landwirtschaft die Industrie aufbauen und mit Hilfe der Industrie wiederum die Landwirtschaft entwickeln" (yi nongye peiyang gongye, yi gongye fachen nongye). "Mit Hilfe des Handels das Wachstum fördern und mit Hilfe des Wachstums wiederum den Handel entwickeln" (yi maoyi zujin chengzhang, yi chengzhang tuochan maoyi). Von 1974 an habe man dann angesichts der außenpolitischen Turbulenzen noch eine weitere Richtlinie ausgearbeitet, die unter der Devise stand:

"Auf der Grundlage der Stabilität Entwicklung betreiben und mit Hilfe der Entwicklung den Fortschritt ankurbeln" (zai wending zhong jiu fachen, zai fachen zhong jiu jinbu). Schließlich werden (3) noch sechs wichtige Wirtschaftsmaßnahmen (zhongyao jingjian zuoshi) erwähnt, nämlich (a) sechs Vierjahrespläne (die Publikation erschien i.J. 1979!), (b) ein Sechsjahreswirtschaftsplan, (c) "neun wichtige Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau der Dörfer", (d) zehn Infrastrukturprojekte, (e) ein wirtschaftliches Maßnahmenprogramm zur Stabilisierung der Sozialpolitik und (f) zwölf Aufbauprojekte.¹⁹

Bezeichnend für all diese Interpretationen und Deutungen ist die Einzwängung der Ursachen in das Prokrustesbett ausschließlich wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Instrumentarien. Außerökonomische Determinanten wie etwa das wirtschaftsfreundliche metakonfuzianische Wertesystem bleiben unberücksichtigt, obwohl gerade sie den eigentlichen Treibsatz für das "Wunder" abgeben haben.

Zu kurz greifen auch andere Erklärungsversuche, die eine Zeitlang zwar durchaus plausibel erscheinen mußten, denen inzwischen aber die Grundlage entzogen wurde:

- Da ist etwa der Hinweis auf die langjährige US-Wirtschaftshilfe, die von 1950 bis 1965 gedauert und die der Wirtschaft Taiwans ganz gewiß entscheidende Impulse gegeben hat. Freilich sollte man in diesem Zusammenhang bedenken, daß Hilfeleistungen dieser Art bei vielen anderen Ländern der Dritten Welt, die oft weitaus höhere Summen eingestrichen hatten als Taiwan, schon nach wenigen Jahren versickert waren, ohne daß auch nur Spuren von jenem Perpetuierungseffekt zurückgeblieben wären, wie er in Taiwan auch ein Vierteljahrhundert nach Einstellung der US-Hilfe immer noch anhält. Voll in Fahrt aber kam die taiwanische Wirtschaft überhaupt erst nach dem "Nixon-Schock" (1971/72), so daß zu fragen wäre, ob das "Wunder" am Ende nicht *trotz* der USA eintrat.

- Auch die Aussage, daß das "Geheimnis des taiwanischen Wirtschaftswunders in billiger Arbeitskraft" bestehe,²⁰ gehörte längere Zeit zu den Taiwan-Klischees. Spätestens seit En-

de der 80er Jahre kann jedoch von "billig" längst nicht mehr die Rede sein - im Gegenteil: Der taiwanische Durchschnittsarbeiter gehört inzwischen zu den Spitzenverdienern Asiens, so daß die Produktion arbeitsintensiver Güter nunmehr ins benachbarte Ausland, vor allem nach Thailand, Malaysia und nicht zuletzt aufs chinesische Festland, verlagert werden mußten.

- Auf einen Holzweg führt nicht zuletzt auch der häufig zu hörende Hinweis, daß die japanischen Kolonialherren eine 50jährige Entwicklungs-Vorarbeit geleistet und vor allem eine höchst leistungsfähige Infrastruktur hinterlassen hätten.

Der japanische Beitrag liefert zwar eine Erklärung dafür, warum die taiwanische Wirtschaft so *schnell* nach 1945 hat Tritt fassen können, doch findet auch hier wiederum nur ein Verweis auf äußere, nicht aber auf innere Ursachen statt. Überdies hat Taiwan das aus der kolonialen Hinterlassenschaft übernommene Erbe systematisch ausgebaut - ganz im Gegensatz zu den Staaten der Dritten Welt, die mit der Substanz, die sie aus der Kolonialzeit mitbekommen hatten, meist wenig pfleglich umzugehen, ja von ihr so lange zu zehren pflegten, bis alles aufgebraucht war.

1.2.2.

Determinanten-Vielfalt

Die Vorleistungen aus der 50jährigen japanischen Kolonialzeit und die Milliarden, die 15 Jahre lang von den USA für den Aufbau Taiwans bereitgestellt wurden, nicht zuletzt auch die oben erwähnten Wirtschaftsstrategien haben der taiwanischen Entwicklung zwar auf die Sprünge geholfen, doch erklären sie das "Wunder Taiwan" nur zu einem geringen Teil. Um den Gefahren einer monokausalen Deutung zu entgehen, sei hier ein Erklärungsmuster vorgeschlagen, das mit fünf Hauptelementen arbeitet, die sich unter den Stichworten "Stabilität", "Rahmenoptimierung", Demokratisierung, Metakonfuzianismus und "Entwicklungsrichtigkeit" wiedergeben lassen, wobei die Aufzählung in der Reihenfolge zunehmender Relevanz erfolgt.

1.2.2.1.

"Stabilität"

Das Geschenk der "Stabilität" (wending), das in den Erklärungen des offiziellen Taibei - verständlicherweise

muß man sagen - so häufig als ein Hauptelement des RCh-Wirtschaftserfolgs hervorgehoben wird (dazu oben 1.2.1.) spielt zwar eine nicht zu unterschätzende Rolle, doch ist es unter den fünf hier angeführten Parametern ganz gewiß der unwichtigste und am wenigsten aussagekräftige; denn "Ruhe und Ordnung" bringen noch lange kein Wachstum hervor, wie die viele Jahre hindurch so friedlich wirkenden Länder Laos und Birma gezeigt haben.

Wie gut die Stabilität der Entwicklung Taiwans gleichwohl bekommen ist, wird deutlich, wenn man die Zustände auf der Insel mit denen des chinesischen Festlands vergleicht, das nicht weniger als drei Jahrzehnte lang, d.h. von 1949 bis 1978, durch fast dreißig Großkampagnen aufgewühlt und so sehr in seinen Grundfesten erschüttert wurde, daß die Beijinger Führung nach 1979 die Zuflucht zu einem Reformkurs nehmen mußte, der streckenweise wie eine Kopie des Taiwan-Modells annutete.

Ganz im Gegensatz zu Beijing hatte Taipei schon seit Beginn der 50er Jahre einen Kurs angesteuert, der, wie oben zitiert, auf "Entwicklung durch Stabilität und auf Fortschritt durch Entwicklung" hinauslaufen sollte.²¹

Unter "Stabilität" verstand die Führung nicht bloß äußere Ruhe und Ordnung, sondern gleichzeitig auch die Entschärfung innerer politischer und sozialer Konflikte. Dies gelang in mehreren Bereichen:

1.2.2.1.1.

Langjährige "Demokratie"

Lange Zeit wurde das politische System Taiwans zwar mit Begriffen wie "Entwicklungsdiktatur" oder "Polizeistaat" gebrandmarkt, und in der Tat war es ja auch immer wieder, wie im Laufe der vorliegenden Darstellung geschildert, zu Übergriffen gegen Oppositionelle, nicht selten auch zu Menschenrechtsverletzung gekommen. Am Ende läßt sich der Führung jedoch zugute halten, daß ihr hartes Durchgreifen dem wirtschaftlichen Gemeinwohl zugute kam und daß Taiwan von Militärherrschaft verschont blieb. Zunächst einmal die Effizienz: Ein Regime, unter dem sich ein Wirtschaftswunder mit Preisstabilität, geringer Arbeitslosigkeit und vor allem Verteilungsegalität herausbilden konnte, kann so schlecht nicht sein. Unter dem Firnis

altväterlicher Herrschaftsausübung blieb in der Tat auch immer viel Platz für pragmatisches, d.h. den Möglichkeiten Taiwans angemessenes Handeln.

Zum anderen kam es, ganz im Sinne altkonfuzianischer Tradition, auf Taiwan nie zur Entfaltung militaristischer Herrschaftsansätze, obwohl eine solche Gefahr vor allem in den Jahren unmittelbar nach 1949 nahezu liegen schien. Gab es im Kabinett von 1962 noch 15,4% Militärvertreter, so waren es 1990 nur noch 5,26%. Beim Ständigen Ausschuß sank der Anteil der Militärs von 4 i.J. 1969 (X.ZEK) auf 3 i.J. 1988 (XII.ZEK).²² Allerdings blieben die militärischen Führungsplattformen am längsten von Festländern besetzt. Noch 1987 beispielsweise stellten Festlandsvertreter 84,2% der Generäle, 67,4% der Obristen und 51,7% der Leutnants, während umgekehrt nur 21,3% der Soldaten noch festländischen Hintergrund hatten.²³

Auf zivilen Positionen dagegen hatten die Festländer den "Benshengren" schon früher Platz machen müssen, und zwar während der 50er Jahre in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen, in den späten 80er Jahren auch im Kabinett.

In der politischen Wissenschaft gilt es als ausgemacht, daß der Erfolg demokratischer Reformen in der Dritten Welt hauptsächlich davon abhängt, ob das Militär sich rechtzeitig aus typisch "zivilistischen" Domänen zurückzieht.²⁴ Dies ist in Taiwan geschehen, wobei das Verdienst dafür nicht zuletzt den beiden Jiang-Präsidenten zuzuschreiben ist.

Taiwan hat also nie "südamerikanische Verhältnisse" verkraften müssen.

1.2.2.1.2.

Abbau sozialer Spannungen

Ferner ist es gelungen, "soziale Spannungen" abzubauen. Dieser etwas ungenaue Begriff läßt sich mit vier Kriterien präzisieren, nämlich mit dem Einkommens- sowie mit dem Sektoralgefälle, die beide durch Zahlenangaben objektivierbar sind, ferner mit dem Niveau der Sozialpolitik und, viertens, durch den eher subjektiven Indikator der Akzeptanz, die in den einzelnen asiatischen Gesellschaften höchst unterschiedlich ausgeprägt ist: Ein gläubiger Hindu beispielsweise wird sozia-

les Elend und einen niedrigen Kastenstand als Dharma, d.h. als religiöse Schickung hinnehmen. Wo, wie in der politischen Kultur Chinas, eine solche transzendente Erdung fehlt, besteht die Neigung zu individueller Unzufriedenheit und gruppenhafter Rebellion.²⁵

Was zunächst einmal das Einkommensgefälle anbelangt, so konnte Taiwan, wie oben ausgeführt, bereits im zweiten Jahrzehnt seiner Nachkriegsentwicklung eine auch im Weltmaßstab bemerkenswerte Einkommensegalisierung erreichen.

Zweitens gelang es eine geraume Zeit, zwischen den Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungswesen wohlthuende Proportionen herzustellen, vor allem mit Hilfe der Bodenreform und der Genossenschaftsbewegung sowie einer vielfältig instrumentierten staatlichen Subventionspolitik. Allerdings begannen Industrie und Dienstleistungswesen der Landwirtschaft schon Ende der 60er Jahre davonzulaufen. 1980 lag das durchschnittliche Einkommen einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft bei 198.000 NT\$, während es im nichtlandwirtschaftlichen Bereich auf 243.000 NT\$ gestiegen war, also bereits 10% höher lag. Obwohl dieser Unterschied noch keineswegs spektakulär war, sah sich die auf alle Disproportionen allergisch reagierende Führung doch sogleich wieder zu Stützungsaktionen für die Landwirtschaft veranlaßt. Taipei glaubte hier nicht zuletzt auch deshalb eingreifen zu müssen, weil die Landwirtschaft auf der Insel ja nicht nur als x-beliebiger Produktionszweig, sondern als Ausdruck einer bestimmten Lebensart gilt. War Taiwan bis in die frühen 60er Jahre hinein noch weitgehend eine Agrargesellschaft gewesen, so hatte sich der Anteil der Landwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bis 1990 auf sage und schreibe 4,95% verringert. Umgekehrt war das Durchschnittsalter des Durchschnittsbauern auf 55 Jahre gestiegen. Alarmierend auch, daß immer mehr Felder un bebaut blieben. 1990 beispielsweise wurden 16% des gesamten Ackerbodens, also 140.000 ha, nicht mehr bewirtschaftet. Darüber hinaus stellten 1989 die 1,1 Millionen Bauern nur noch 13% der Arbeitskraft Taiwans - bis zum Jahr 2000 sind es vermutlich nur noch 8,1%.²⁶

Diese Entwicklung, die typisch für alle Industriestaaten ist, läßt sich nicht mehr aufhalten. Doch meint die Regierung darauf achten zu müssen, daß die Landwirtschaft nicht jeden Boden unter den Füßen verliert.²⁷ Daß sie mit dieser Aufgabe in den 80er Jahren noch einigermaßen gut zu Rande kam, war ein wichtiger Stabilitätsbeitrag. Bäuerliche Demonstrationen i.J. 1989 waren freilich ein deutliches Signal, in der Aufmerksamkeit nicht nachzulassen.

Ein dritter Indikator für "Stabilität" ist der Anteil des "Sozialkapitals" an den staatlichen Aufgaben. Je höher die Aufwendungen für die "materiellen Voraussetzungen" der "Wirtschaftsentwicklung" (Investitionen, Transportwesen etc.) sowie für die Verbesserung der "immateriellen Bedingungen" (Erziehung, Wissenschaft und Kultur), um so "gesünder" können sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln. Verteidigungsausgaben und Schuldendienst andererseits pflegen sich als Negativfaktoren auszuwirken. Ein Blick auf die taiwanesischen Bilanzen zeigt, daß sich hier im Laufe der Jahre grundlegende Verbesserungen eingestellt haben: Hatten z.B. die Aufwendungen für "Allgemeine Verwaltung und Verteidigung" i.J. 1954 noch 60,7% der staatlichen Gesamtausgaben absorbiert, so waren es 1988 nur noch 32%. Für die Verbesserung der materiellen und immateriellen Bedingungen der "Wirtschaftsentwicklung" andererseits sind die Ausgaben von 9,9% i.J. 1954 auf 25% i.J. 1988 und für Erziehung, Wissenschaft und Kultur von 13,8% i.J. 1954 immerhin auch auf 19,7% i.J. 1988 gestiegen. Gleichzeitig haben die Aufwendungen für "soziale Sicherheit" von 6% i.J. 1954 auf 17,5% i.J. 1988 zugenommen.²⁸

Nie in der chinesischen Geschichte hat es eine so rasche quantitative und qualitative Verbesserung der Sozial- und Wirtschaftsverhältnisse gegeben wie in Taiwan zwischen 1950 und 1990: Dies zeigt sich bereits im alltäglichen Leben. In der Ernährung beispielsweise ist die traditionelle Süßkartoffel völlig vom Tisch verschwunden und wurde durch zunehmend proteinreiche Lebensmittel ersetzt. Zu Beginn der 80er Jahre mußten die Ärzte die ersten, für Wohlstandsgesellschaften typischen Überernährungsphänomene registrieren.

Stroh Hüte, geflickte Kleider und Barfüßigkeit, wie sie nach Kriegsende auch in den Städten noch selbstverständlich waren, gehören einer inzwischen belächelten oder überhaupt nicht mehr nachempfindbaren Vergangenheit an. Im taiwanesischen Durchschnittsland ließ sich seit den 80er Jahren dasselbe Überangebot finden wie in westlichen Industriestaaten.

Problematisch ist allerdings, ähnlich wie in anderen Industriestaaten, die Versorgung mit Wohnraum geblieben. Obwohl die städtische Durchschnittsfamilie von 5,1 Personen statistisch 64 qm zur Verfügung hat (1987), war der Wohnraum in den 80er Jahren doch so teuer geworden, daß Obdachlosigkeit um sich zu greifen begann. Andererseits freilich hatte die Wohnqualität erheblich zugenommen: Die alten Holzhäuser japanischen Stils, die noch in den 60er Jahren ganze Stadtteile (vor allem in Taibei) geprägt hatten, sind inzwischen bis auf wenige Überreste durch Steinbauten ersetzt worden. Die Wohnungen besitzen fast ausnahmslos Stromanschluß und 62% direkten Wasseranschluß. Außerdem gehören inzwischen Farbfernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Radiogeräte, der elektrische Reiskochtopf und Klimaanlage zu den Standardausrüstungen nicht nur der städtischen, sondern auch der ländlichen Haushalte.

Auch mit dem Ausbau des Transport- und Verkehrswesens kann die Insel sich sehen lassen. 1987 verfügte Taiwan über ein Eisenbahnnetz von 2.676 km Länge, von dem rd. ein Fünftel elektrifiziert war; außerdem stand ein asphaltiertes Straßennetz von 19.945 km zur Verfügung, das in fast jeden Winkel der Insel hineinreichte. Schneller allerdings als die Straßenkapazität wuchs zuerst der Kleinmotorräder- und später der Autoverkehr, dem zu Beginn der 90er Jahre bereits der Infarkt droht, falls die in Bau befindlichen nördlichen Autobahntastungsstrecken sowie das U- und S-Bahn-Filigran rund um Taibei nicht rasch Entlastung bringen.

Auch durch das hochentwickelte Erziehungswesen leistete der Staat einen kaum zu unterschätzenden Stabilitätsbeitrag. Schon in den 70er Jahren besuchten sämtliche schulpflichtigen Kinder eine Volksschule, und zwar ohne Schulgebühren. Ab 1968 verzichte-

ten auch die staatlichen Mittelschulen auf Gebühren und führten zusätzlich die Lehrmittelfreiheit ein. Lediglich die Kosten für Schulkleidung waren von den Eltern noch selbst zu tragen.

Nach Japan und neben Singapur wurde Taiwan zum Land mit dem höchsten Ausbildungsniveau in Asien. U.a. war dies auch eine Folge des Fortwirkens der konfuzianischen Lernkultur.

Was schließlich das vierte Kriterium, nämlich die Akzeptanz von Unterschieden anbelangt, so neigen Angehörige der metakonfuzianischen Welt weit mehr zu Neid, Mißgunst und Unzufriedenheit als Personen, die hinduistischen, theravadabuddhistischen oder islamischen Gesellschaften angehören. Nicht zuletzt aus diesem Grund auch hat sich die GMD - ebenso übrigens wie die KPCh - von Anfang an um ein möglichst geringes Einkommensgefälle bemüht.

1.2.2.2.

Rahmenoptimierung: Die Festlegung kraftvoller wirtschaftlicher Vorgaben Ausgerechnet die Hauptkonkurrentin Taiwans, nämlich die VR China, hat nach Beginn ihres Reformkurses im Dezember 1978 schmerzhaft erfahren müssen, wie unentbehrlich ein starker Staat gerade beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen ist. Ganz im Kontrast zu dem von der Beijinger Propaganda jahrzehntelang gezeichneten Klischee, ist Marktwirtschaft ja kein anarchisches oder gar chaotisches Geschehen, sondern bedarf straffer Zügel und strenger Vorgaben. Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik verlangt vom Staat marktkonforme Beiträge und die Ausschaltung aller marktfeindlichen, d.h. "ordnungswidrigen" Elemente und Entwicklungen. Gerade hierzu aber erwies sich Beijing als unfähig: Weder konnte es die Wirtschaftskriege der einzelnen Regionen (oder Provinzen) gegeneinander verhindern, noch vermochte es, fairen Wettbewerb oder gar landesweite Preise durchzusetzen - statt dessen laborierte es mit partikulären Regionalförderungsmaßnahmen und einem höchst kontraproduktiven "Doppelpreissystem". Auch gelang es der Zentralregierung nicht, den Egoismus der einzelnen Industriebürokratien zu zügeln, die Auswüchse des Cliques- und Seilenschaftswesens zu beschneiden, Umweltschutzbestimmungen durchzuset-

zen oder aber eine alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig erfassende Sozialpolitik zu verwirklichen.

Statt sich in diesen Fragen als Regulator zu bewähren, beschränkte sich der "soft state" China auf Einzeleingriffe, auf Bestrafung exemplarisch herausgegriffener "Spekulanten", auf die Bevorzugung einzelner Bürokratien (vor allem der Schwerindustriebürokratie) sowie auf prioritäre Förderung ausgewählter Regionen.

Die Gesetze und Verordnungen andererseits, die nach 1979 in immer üppigerer Zahl ergingen und generelle Vorgaben liefern sollten, blieben in der Praxis zumeist Makulatur.

Ganz im Gegensatz dazu hat sich in Taiwan ein durchsetzungsfähiger Staatsapparat herausentwickeln können, der notfalls auch zu harten Sanktionen griff, wenn seine Globalvorgaben unbeachtet blieben. Angesichts dieser Fähigkeit, *Rahmenvorgaben* zu erzwingen, konnte die RCh-Bürokratie auf *direkte* Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzichten. Der Staat beschränkte sich statt dessen auf Planungsrichtlinien, auf die Qualifizierung der Arbeitskräfte und auf den Ausbau der Infrastruktur.

1.2.2.2.1.

Ein starker Staat als Entwicklungsagentur

Die taiwanesishe Praxis hat sich im Laufe der Zeit als veritabler "Theorienkiller" erwiesen, sei es nun, daß sie die These von der Distributionsungleichheit als einer Grundvoraussetzung für schnelles Wachstum, sei es, daß sie die leninistische Imperialismustheorie (wonach die USA Taiwan hätten "ausbeuten" müssen) oder sei es, daß sie nicht zuletzt auch eine ganze Reihe von Thesen über die Stellung des Staates im Entwicklungsprozeß auf den Kopf gestellt hat.

Lange Zeit war es nicht nur unter liberalen, sondern auch unter marxistischen Theoretikern üblich gewesen, dem Staat eine selbständige und aktive Rolle abzusprechen und ihn, etwas geringerschätzig, entweder als bloßen Spielball unterschiedlichster gesellschaftlicher Interessen (dies ist der "pluralistische" Ansatz)²⁹ oder aber als Kampfinstrument der herrschenden Klasse gegen die "Klassenfeinde" zu betrachten.³⁰ Stets wurde dem Staat

hier eine bloße *heteronome* Rolle zuge-
traut, sei es, daß man ihn nun einseitig als Klassen-, Wirtschafts-, Parteien-, Verwaltungs- oder Verbändestaat interpretierte oder daß man ihn auf seine "Input"- und "Output"-Funktionen reduzierte.

Ganz im Gegensatz zu diesen Theorien hat der Staat der taiwanesischen Praxis zumindest während der ersten drei Jahrzehnte eine höchst autonome und im doppelten Sinne des Wortes "souveräne" Herrschaft gegenüber der taiwanesischen Gesellschaft sowie dem Wirtschaftsgeschehen auf der Insel ausgeübt. Von einer bloß passiven Rolle konnte damals ganz gewiß nicht die Rede sein, da der Apparat, weit davon entfernt, dem Druck der taiwanesischen Gesellschaft nachzugeben, die "Revolution von oben" nach eigenem (Sanminzhuyi-)Schnittmuster durchgeführt hat.

Diese höchst eigenständige Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß erklärt sich aus den besonderen historischen Konstellationen der Nachkriegsjahre: Während die GMD-Führung zur Zeit ihrer Festlandsherrschaft noch auf zahlreiche regionale oder personelle Interessen hatte Rücksicht nehmen müssen, fand sie in Taiwan ein weißes Blatt vor, auf daß sich, um hier ein Wort Mao Zedongs zu übertragen, von Anfang an die "schönsten Schriftzeichen malen" ließen. Besonders deutlich wurde dies im Zusammenhang mit der Bodenreform, die auf dem Festland gegen die dortigen Grundbesitzer, vor allem gegen die Granden im Yangtze-Becken, wohl kaum durchzusetzen gewesen wäre, deren Verwirklichung aber auf Taiwan lediglich fünf Jahre in Anspruch nahm, und in deren Folge nicht nur der klassische Grundbesitz von der Landkarte verschwand, sondern die gesamte Gesellschaft umgemodelt wurde.

Zusätzlich hatte sich nach den traumatischen Ereignissen der Frühzeit, vor allem nach dem "2-2-8-Zwischenfall" von 1947, ein tiefer Graben zwischen Festländern und Taiwanesen aufgetan, der über Jahrzehnte hindurch offen blieb. In dieser Zeit konnten die Zuwanderer fast sämtliche Kommandohöhen besetzen und gegenüber den "Einheimischen" nach Belieben schalten und walten. Eine Kommunikation zwischen beiden Bevölkerungsgruppen fand kaum statt. Zum Glück für Tai-

wan fühlten sich die neuen Herren, belehrt von den traumatischen Erfahrungen auf dem Festland, dazu verpflichtet, verstärkt auf das Gemeinwohl zu achten. Mit einer unter ihrer Regie errichteten Musterprovinz Taiwan sollte dem wiederzuerobernden Festland ein Modell vor Augen gestellt werden, das bewies, wie sehr die "Drei Grundlehren vom Volk" dem Maoismus überlegen seien. Zwar kam es im Verlaufe dieser "Revolution von oben" immer wieder zu Korruptionsskandalen und zu willkürlichen polizeilichen oder militärischen Übergriffen. Seit der erfolgreichen Durchführung der Bodenreform zeigte sich jedoch, daß die neue Politik durchaus "für das Volk" wirkte - wengleich vorerst auch noch wenig "durch" das Volk geschah. Im Endergebnis konnten sich also, wenn manchmal auch auf merkwürdigen Umwegen, dann doch die Sanminzhuyi-Prinzipien behaupten, und zwar nicht nur im sozialen, sondern auch im politischen Bereich. Die Mitte der 80er Jahre einsetzende Demokratisierung war der eindrucksvollste Beweis dafür.

Wie wenig verflochten Staat und Gesellschaft bis in die späten 70er Jahre hinein waren, macht vor allem ein Vergleich mit den Zuständen in Japan oder Südkorea deutlich. Dort hatte sich im Laufe der Jahre ein Mechanismus eingespielt, der auf das heutzutage übliche *Do ut des* hinauslief: Staatsbeamte pflegten während ihrer Dienstjahre das Wohl bestimmter Industriezweige im Auge zu behalten, während sich die Industrie umgekehrt dadurch erkenntlich zeigte, daß sie den "loyalen" Beamten nach seiner Pensionierung mit einem Aufsichtsratsposten honorierte. Eine solche Verflechtung fand auf Taiwan, trotz aller Klientelisierungsbemühungen der GMD, jahrelang kaum statt, so daß die Staatsbürokratie dort auf "Sonderinteressen" selten Rücksicht nehmen mußte.

Nur angesichts dieser Dominanz des Staates gegenüber der Gesellschaft läßt sich erklären, warum Taiwan letztlich wie eine GmbH gesteuert werden konnte, und warum auf nichts sonst Rücksicht genommen werden mußte als auf die Einhaltung des einmal als richtig erkannten Kurses. Vor allem bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik war die lenkende Hand des Staates an allen Ecken und Enden spürbar:

- In den 50er Jahren sorgte er z.B. für die Durchführung der Landreform, für eine vom "Nahrungsmittelamt" gesteu-

erte Rationierungspolitik, für die Einführung der Wirtschaftsplanung nach 1953 und für die Entwicklung einer arbeitsintensiven Importsubstitutionsstrategie.

- In den 60er Jahren organisierte er die Voraussetzungen für ein besseres Investitionsklima und für erhöhtes Sparen, förderte den Aufbau exportorientierter Industrien und unterstützte die Einführung neuer Wirtschaftsgüter sowie die Ausfuhr von Landwirtschaftsgütern.

- In den 70er Jahren subventionierte er den Ausbau infrastruktureller Großprojekte, vor allem im Bereich des Energie- und Transportwesens, half die Grundlagen für die Entwicklung einer Schwerindustrie legen und ergriff neue Fördermaßnahmen zur Unterstützung der inzwischen gegenüber der Industrie ins Hintertreffen geratenen Landwirtschaft, wobei vor allem für eine Erhöhung der bäuerlichen Einkommen gesorgt wurde.

- In den 80er Jahren gab es staatliche Kraftakte bei der Verbesserung der Energieerzeugung und -einsparung sowie beim Aufbau sog. "strategischer Industrien". Außerdem unterstützte die öffentliche Hand den Zusammenschluß und die Modernisierung (Automatisierung) von Industrieunternehmen, stellte die Schalthebel von der jahrelang gepflegten Arbeits- auf Technologie- und Kapitalintensität um, gab für Wissenschaft und Forschung Milliardenbeträge aus, steuerte auf subtile Weise die Zins-, Kredit- und Devisenpolitik und traf nicht zuletzt auch Maßnahmen zur weiteren Balance zwischen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Auch sorgte er dafür, daß der Export Hauptantriebskraft des Wirtschaftswachstums blieb und daß Außenpolitik so weit wie möglich durch Außenwirtschaft ersetzt und damit die globale Apartheidpolitik gegenüber Taiwan unterlaufen und entschärft wurde.

In jeder neuen Phase, sei es nun 1953, 1958 oder 1980 ff. wurden darüber hinaus die Herausforderungen von den zuständigen Behörden präzise analysiert und gleichzeitig effiziente organisatorische und finanzielle Antworten ausgearbeitet - vor allem mit Hilfe von Vier- und Sechsjahresplänen sowie unter Ausnutzung jenes Steuerungspotentials, das nicht zuletzt in den Großunternehmen der öffentlichen Hand steckte.

Die Revolution von oben wurde freilich nicht nur durch die souveräne Stellung des Staatsapparats, sondern auch durch den Gehorsam der taiwanesischen Bevölkerung ermöglicht, die gerade 50 Jahre Kolonialherrschaft überstanden und die im Zuge der 2-2-8-Ereignisse auch einen Teil ihrer politischen Elite verloren hatte.

Je effizienter der Staat freilich seine Ziele erreichte - Wachstum, Wohlhabenheit, soziale Gerechtigkeit u.dgl. -, um so mehr machte er sich als prometheische Institution überflüssig, und um so eher mußte er Mitbestimmung von unten zulassen.

Der Staat auf Taiwan hat hier mit anderen Worten eine Wende vom oligarchisch bestimmten Paternalismus zum demokratisch regierten Gemeinwesen durchgemacht und mußte sich nolens volens im Laufe der Zeit auch mit einer "Revolution von unten" abfinden.

Es ist nicht sehr viel mehr als eineinhalb Jahrhunderte her, daß es in der deutschen Rechtsgeschichte eine ähnliche Entwicklung gegeben hat, die allerdings länger brauchte, als es beim taiwanesischen Eilmarsch der Fall war: Lange Zeit war auch in Deutschland das Staatsinteresse tonangebend gewesen und hatte im "L'état c'est moi" des Monarchen sowie im "Polizey"-Begriff seinen eigentlichen Ausdruck gefunden. Die Aufgabe des damaligen Staats war allumfassend und reichte von der Gesundheitspolizey über die "Gerichtspolizey" bis hin zur "Wohlfahrts-polizey" und zu sonstigen Funktionen, die auch Wirtschaftsfragen umfaßten. Die Staatsgewalt war ja, wie gesagt, allumfassend. Mit dem Beginn des konstitutionellen Staates verschwand die absolute Macht des Staats, nachdem einerseits die Gewaltenteilung eingeführt und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ermöglicht und andererseits dem Staatsbürger die Möglichkeit eingeräumt worden war, subjektive Rechte wahrzunehmen. Die bisherigen Verhältnisse wurden nun also auf den Kopf - oder besser: auf die Beine - gestellt. Staatsphilosophisch wurde diese neue Konstellation erstmals von Montesquieu, verwaltungsrechtlich-juristisch von Otto Mayer angemahnt, welcher letzterer mit Hilfe seiner "juristischen Methode" die Scheinwerfer weg von der Machtausübung des Herrschers hin auf eben jene *Schranken* lenkte, die diese Machtausübung ein-

engen sollten. Recht hatte seitdem eher mit den Abwehrrechten des Bürgers als mit den Souveränitätsrechten der Staatsmacht zu tun. Die Frage richtete sich jetzt nicht mehr auf das, was der Staat *konnte*, sondern was er *durfte*. Staatliches Handeln wurde also unter den Vorbehalt des Gesetzes gestellt. "Polizey" war jetzt nicht mehr dazu da, das Staatsinteresse positiv durchzusetzen, sondern hatte sich - als neuzeitliche "Polizei" - nun nur noch auf die Abwehr von "Gefahren" für den einzelnen Bürger oder für die Gesellschaft als ganze zu beschränken. Seine Krönung erfuhr dieser Prozeß durch die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, mit deren Hilfe sich der einzelne Staatsbürger gegen obrigkeitliche Übergriffe notfalls gerichtlich zur Wehr setzen konnte.³¹

Was nun Taiwan anbelangt, so konnte der Staat dort "polizeyliche" Funktionen von 1945 bis in die 70er Jahre hinein ausüben, also bis zu einem Zeitpunkt, da Demokratisierungsprozesse zuerst latent und dann - ab Mitte der 80er Jahre - auch manifest und mit gesetzlicher Erlaubnis zutage traten. Wirtschaftliche Liberalisierung und politische Demokratisierung waren auf die Beine gekommen; der paternalistische Staat hatte seine Schuldigkeit getan und konnte gehen.

Rückblickend kann man feststellen, daß die streng altväterliche - und für den westlichen Beobachter vielleicht auch altmodische - Art des Regierens in den ersten Jahrzehnten dem taiwanesischen Gemeinwesen, vor allem seiner Wirtschaftsentwicklung, am Ende gar nicht so schlecht bekommen ist. Sie hat etwas geschaffen, was sich als *conditio sine qua non* für den gesamten späteren Entwicklungsprozeß erwiesen hat, nämlich die oben bereits erwähnte Stabilität.

Die "stabilisierende" Rolle des Staates war nicht zuletzt auch im Hinblick auf die gewaltigen außenpolitischen Herausforderungen nötig, mit denen sich Taiwan in den 50er und 70er Jahren auseinandersetzen mußte. Die militärische Konfrontation mit dem Festland, die diplomatische Isolierung und nicht zuletzt auch die schroffen Auswirkungen der zwei Ölkrisen hätten schlimmstenfalls zu sozialen Unruhen und damit zur Gefährdung des gesamten Aufbauprozesses führen können. Kein Wunder, daß die Regierung immer

dann, wenn es wieder einmal zu außenpolitischen Erschütterungen kam, wie 1971 ff. und 1979 ff., mit potentiellen inneren Gegnern wenig zimperlich umsprang. Man sollte zwar nicht die Vergangenheit mit der Gegenwart aufrechnen, doch muß man zugeben, daß die Menschenrechte und ihre Einhaltung auf Taiwan heutzutage nur deshalb so selbstverständlich geworden sind, weil sie in der Vergangenheit allzu häufig den Bedürfnissen nach "Ruhe und Ordnung" geopfert wurden.

Im Zeichen der "Stabilität" (wending) konnten sich jene Ansätze entfalten, die Taiwan zu einem modernen Staatswesen gemacht haben, nämlich die Herausbildung eines soliden Unternehmertums, vor allem im KMU-Bereich, die Entstehung einer neuen Mittelklasse sowie einer selbstbewußten Arbeiterschaft, nicht zu vergessen schließlich die Geburt einer neuen Öffentlichkeit, die sich ihre Interessen immer mehr aus eigener Kraft zu erkämpfen wußte und damit die Grundlagen für einen in der chinesischen Gesellschaft bis dahin unbekanntem gesellschaftlichen Pluralismus schuf.

1.2.2.2.2.

Vermeidung direkter Eingriffe

Ein Staat, der sichergehen will, daß seine Wirtschaft optimale Entfaltungsmöglichkeiten erlangt, hat dafür zu sorgen, daß Betriebe und Märkte sich nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln können und nicht Diener anderer Herren sein müssen. Dies aber kann nur geschehen, wenn sich der Staat *direkter* Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen enthält und sich auf Globalsteuerung, d.h. auf die Qualifizierung von Arbeitskräften, auf die Bereitstellung von Infrastruktur, auf strenge Wettbewerbsregelungen, Umweltschutz und soziale Absicherung sowie auf die Festlegung ausschließlich makroökonomischer Vorgaben beschränkt und hierbei versucht, den Wirtschaftsablauf längerfristig zu stabilisieren, wobei Instrumente wie Diskontpolitik, Offen-Markt-Politik oder Kartellverbote etc. strukturierend wirken. Potentielle Konflikte sind hierbei ratsamerweise nicht immer nur hoheitlich, sondern möglichst partnerschaftlich, z.B. mit Hilfe "konzertierter Aktionen" abzufedern und auszuräumen.

Die Ordnungspolitik des Staates verlangt m.a.W. marktconforme Vorgaben und soll alle marktfeindlichen, d.h. "ordnungswidrigen" Eingriffe ausschalten.

Unter diesem Aspekt ist es fast genauso wichtig, was der RCh-Staat *nicht* getan, als was er *getan* hat.

- So wurde die Wirtschaft auf Taiwan beispielsweise - anders als auf dem Festland - nicht in die Zwangsjacke einer wirtschaftsfremden Ideologie gesteckt. Die so häufig zitierten Sanminzhuyi dienten zumeist nur als Garnierung und wirkten sich dort, wo sie die Entscheidungen ausnahmsweise einmal direkt beeinflussten, durchaus positiv und wirtschaftsadäquat aus, so z.B. im Zusammenhang mit der Bodenreform.

- Anders als auf dem Festland auch erfolgte die Förderung der Schwerindustrie erst sehr viel später als die der Landwirtschaft und der Leichtindustrie. Die taiwanesischen Planer trugen also den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Insel und nicht etwa einem importierten Planungsdogma Rechnung. Die volksrepublikanische Führung benötigte 25 von traumatischen Fehlschlägen begleitete Jahre, ehe sie, im Dezember 1978, die "taiwanische Reihenfolge" (Landwirtschaft - Leichtindustrie - Schwerindustrie) als richtig erkannte und sie in die eigene Praxis umzusetzen versuchte. Bis dahin hatte sie sich von der stalinistischen Schwerindustriepriorität leiten lassen und kostbare Jahre vergeudet.

- Taiwan hielt auch wenig von Autarkiepolitik, wie sie für das Festland bis 1978 bestimmend gewesen war. Abgesehen von einer kurzen Periode der Importsubstitution machte sich die Inselwirtschaft statt dessen den Rückenwind der weltweiten Konjunktur zunutze und schaltete sich voll in das westliche Außenhandelssystem ein. Eine "Zi li gongsheng"-Politik à la Mao Zedong, d.h. das Postulat, "auf eigenen Beinen zu stehen", oder aber eine Autarkiepolitik à la Kim Il Sung, die unter dem Zeichen "Juche" firmierte und aus den Kernelementen "Chajusong" ("Selbständigkeit") sowie "Chongsilong" ("Treue zum großen Führer") besteht,³² wäre in Taiwan undenkbar gewesen.

- Auch "politökonomische" Vorurteile waren der taiwanesischen Führung fremd. Nirgends wurde beispielsweise das Dienstleistungswesen als "unproduktiv" bekämpft, nirgendwo ein Fachmann als "bourgeois Intellektueller" verfolgt und niemals auch Klassenkampf praktiziert: Die Bodenre-

form stützte das Grundbesitzertum zwar aufs "Normalmaß" zurück, liquidierte es aber nicht physisch, wie es auf dem Festland in den Jahren 1950 ff. geschehen war. Vor allem aber hütete sich der Staat, direkt ins Preisgefüge einzugreifen und auf diese Weise eine Bürokratie auf Kosten der anderen zu begünstigen oder zu benachteiligen, z.B. die schwerindustriellen Institutionen auf dem Rücken der Landwirtschaft gedeihen zu lassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnten sich in Taiwan kaum je wirtschaftsfremde Gesichtspunkte durchsetzen. Es gab dort m.a.W. kaum "Polit"-, sondern immer nur "Marktökonomie". Stets herrschte der "Primat der Sachadäquanz".

- Anders als auf dem Festland auch ließen sich die staatlichen Agenturen nie dazu hinreißen, Unternehmern und Arbeitnehmern sog. "Errungenschaften" vorzugaukeln, Trends zu "schönen" oder aber im Interesse der politischen Hygiene Statistiken zu fälschen oder zu unterschlagen. Statt Dunkelziffern und Zahlennebel gab es vielmehr von Anfang an eine fast altmodisch anmutende buchführerhafte Genauigkeit. Kaum ein anderes Land Asiens, von Japan einmal abgesehen, hat seine Rubriken und seine Datenkränze vor aller Welt, vor allem aber vor seinen Unternehmern, so gründlich ausgebreitet! Taiwan konnte sich eine solche Offenheit freilich auch deshalb leisten, weil es zumeist eindrucksvolle Ergebnisse vorzuweisen hatte und sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen brauchte.

- Die taiwanische Wirtschaftsführung ersparte ihren Bürgern auch den in sozialistischen Ländern üblichen "Kult der Riesenbauten". Die "Zehn langfristigen Projekte des sozialistischen Aufbaus", wie sie demgegenüber in Nordkorea durchgezogen wurden, hatten wenig mit Wirtschaft, dafür um so mehr mit Ideologie, vor allem aber mit dem Kim Il Sung-Personenkult zu tun. Demgegenüber zielten die "Zehn, Zwölf und Vierzehn wichtigen Projekte" Taiwans ausschließlich auf die Beseitigung langjähriger Infrastrukturschwächen und waren außerdem zeitlich jeweils so anberaumt, daß konjunkturelle Tiefs mit staatlichen Großaufträgen überbrückt werden konnten. Auch hier also wieder der Triumph der Sache gegenüber der Ideologie! Lediglich mit der "Gedenkhalle für Jiang Jieshi" im Zentrum Taipeis leistete sich die RCh-Führung einen durchaus

merkwürdig anmutenden Abstecher ins Reich des Personenkults und errichtete einen nationalen Schrein, der die Beijinger Mao-Gedenkhalle in den Schatten stellt.

- Sogar die staatlichen Wirtschaftspläne der RCh schränkten den Handlungsspielraum der einzelnen Betriebe keineswegs ein, sondern lieferten ihnen umgekehrt Anhaltspunkte und Alternativen, die auf die Entscheidungsfindung befruchtend wirkten. Die Pläne hatten indikativen Charakter und waren sowohl ex ante auf Machbarkeit abgestellt als auch ex post für Nachkorrekturen zugänglich. Demgegenüber hatten die stalinistischen Pläne der Mao- und der Kim Il Sung-Ära imperativen Charakter und mußten durchgepeitscht werden, ob sie sich nun als sinnvoll erwiesen oder nicht. Manchmal freilich wurden sie, wenn es dem "höchsten Führer" paßte, auch vom einen auf den anderen Tag außer Kraft gesetzt und verschwanden in der Schublade, wie beispielsweise der 2.Fünfjahresplan der VR China, der den Zeitraum 1958-1962 abdecken sollte.

- Da kein Politprimat herrschte, blieben der taiwanesischen Bevölkerung auch die lästigen "Kampagnen" erspart, mit denen die Festlandsbewohner jahrzehntelang "mobilisiert" wurden, wobei - unter dem Deckmantel der Scheinpartizipation - die von Sachkenntnis zumeist ungetrübte Parteibürokratie das Wort führte.

In Taiwan durfte also, summa summarum, die Wirtschaft ganz ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten - und damit den Marktkräften - gehorchen. Und wie sich diese Politik auszahlt! Das Ausnutzen von Marktchancen vollzieht sich in Taiwan ähnlich atemlos wie das Verhalten im Straßenverkehr von Taipei: wo sich auch nur die geringste Lücke auftut, zwängt sich der umliegende Verkehrsstrom sogleich hinein - mit der Folge, daß es manchmal rasch, ruckartig und chaotisch vorwärtsgeht und dann plötzlich wieder alles zum Stillstand kommt. Im Endergebnis aber bleibt, allen Stauungen zum Trotz, die Vorwärtsbewegung.

1.2.2.2.3.

Planvorgaben als Orientierungshilfen und Schrittmacherdienste 1953, also im gleichen Jahr wie die VR China, begann Taiwan mit dem Erlaß staatlicher Wirtschaftspläne. Doch Welch ein

Unterschied zur Festlandspraxis! Während dort die Fünfjahrespläne stalinistischer Prägung mit ihrem Schwerindustrievorrang und ihrer bürokratischen Zentralsteuerung schon bald für Erstarrung und volkswirtschaftliche "Disproportionen" (bu bili) sorgten, erreichten die Planer Taiwans mit ihrer flexiblen und stets an den Marktgegebenheiten orientierten Planung einen kräftigen Diversifikationsschub, insofern einerseits die noch von der japanischen Kolonialzeit her auf wenige Zulieferprodukte eingeengte Industrie im Eiltempo aufgefüchert und insofern weiterhin vor allem die Privatwirtschaft entfesselt wurde. Nimmt man den Anteil am Bruttokapital als Kriterium, so belief sich das Verhältnis zwischen Regierung, öffentlichen Unternehmen und Privatsektor (in %) 1952 noch auf 13,1:42,6:44,3, 1979 auf 12,1:27,3:60,6 und 1988 auf 17,5:17,1:65,4.³³

Ferner achteten die Planer auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung. Anders als in der VR China konnte sich hier also nicht die Schwerindustrie mit ihrem notorischen Bürokratenfolge in den Vordergrund drängen, vielmehr entstand ein Wirtschaftssystem, das Leichtindustrie sowie Klein- und Mittelunternehmen förderte und gleichzeitig dafür Sorge trug, daß der Bedarf der Landwirtschaft, nämlich die Lieferung benötigter Geräte und Chemikalien sowie der Absatz landwirtschaftlicher Produkte, berücksichtigt wurde.

Anders als in der Volksrepublik auch kam es in Taiwan nicht zu Elektrizitäts- und Transportengpässen. Bei der Energieerzeugung wurde Taiwan freilich von dem überwältigenden Wasserkraftpotential begünstigt, das den unzähligen Gefällestrecken vom Hochgebirge bis zu den Tiefen zu verdanken ist. Durch Nutzung der hier angelegten Möglichkeiten konnte Taiwan sich schon früh den höchsten Stromverbrauch Asiens - gleich nach Japan - leisten. Die Kosten für die Stromerzeugung waren in den 70er Jahren die zweitbilligsten der Welt - gleich hinter Norwegen. Was die Verkehrspolitik angeht, so erreichte das Eisenbahn- und Straßennetz schon bald jeden Winkel der Insel.

Die Planung sorgte auch dafür, daß die auf der Insel vorhandenen Rohstoffe systematisch genutzt wurden. Die Ze-

mentindustrie beispielsweise verdankt ihre Entwicklung den auf der Insel reichlich vorhandenen Kalkvorräten. Auch für die Glasindustrie gab es günstige Möglichkeiten.

Da Taiwan außerdem lange Zeit über reichlich vorhandene und billige Arbeitskraft verfügte, stellte die Planung zunächst arbeitsintensive Produkte in den Vordergrund, vor allem im Bereich der Nahrungsmittel- und Textilverarbeitungsindustrie. Eigenwillig vor allem der Textilsektor: Obwohl Taiwan selbst weder Baumwolle noch Wolle produziert, sondern diese Rohstoffe importieren mußte, konnte sich die noch bei Kriegsende schwach ausgebildete Textilindustrie zu einem der am schnellsten wachsenden Sektoren entfalten. Bereits in den 70er Jahren war Taiwan aus einem Textileinfuhr zu einem Textilexportland geworden. Diese Entwicklung wurde zusätzlich noch dadurch angeschoben, daß sich auf der Insel inzwischen auch eine dynamische Kunstfaserindustrie entwickelt hatte, die heute - man denke an die Nanya-Werke - zu den größten der Welt gehören.

Die Planung diente aber auch als eine Art Frühwarnsystem: So rückte der 1991 anlaufende Sechsjahresplan nicht nur technische Spitzenprojekte in den Vordergrund, sondern vor allem Maßnahmen des Umweltschutzes. Des weiteren soll die bisher etwas stiefmütterlich behandelte Ostküste stärker gefördert und damit der Gefahr einer regionalen Verzerrung vorgebeugt werden.³⁴

Auch mit ihren Prognosen lieferte die Regierung nützliche Anhaltspunkte für die gesamtwirtschaftliche Feinabstimmung sowie für die einzelbetriebliche Entscheidung, so u.a. mit ihrer 1986 veröffentlichten Vorausschau auf die Wirtschaftsentwicklung Taiwans auf den Zeitraum 1986-2000, derzufolge das BSP des Landes bis zur Jahrtausendwende jährlich im Durchschnitt um 6,5% steigen soll, so daß das Pro-Kopf-BSP i.J. 2000 bei rd. 14.000 US\$ läge - eine Vervierfachung gegenüber 1985.³⁵ War es ein Zufall, daß dieser Zukunftsbericht schon kurze Zeit nach jenem Zeitpunkt erschien, als die Regierung in Beijing im Hinblick auf das Jahr 2000 ebenfalls einen Vervierfachungsbericht bekanntgegeben hatte? Während die festländische Vervierfachung des "kumulierten Bruttoproduk-

tionswerts von Landwirtschaft und Industrie" allerdings in einem Zwanzigjahresraum, nämlich zwischen 1980 und 2000 stattfinden und am Ende nur zu einem Spitzenwert von 2.000 US\$ pro Kopf führen soll, liegt die prognostizierte RCh-Leistung bis dahin beim 7fachen! Mit seiner 14.000 US\$-Prognose wollte Taiwan offensichtlich die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems herausstreichen.

1.2.2.2.4.

Berufliche Qualifizierung

Ein weiterer Baustein für den Wirtschaftserfolg Taiwans war das effiziente Erziehungssystem, das den Löwenanteil an der Berufsausbildung trägt und das seinen Durchbruch bereits in den 60er Jahren erlebte. Das Verhältnis der Schüler in allgemein und in berufsbildenden Schulen auf Gaozhong (Senior Highschool)-Ebene (15.-18. Lebensjahr) betrug beispielsweise i.J. 1990 ungefähr 3:7.³⁶ Dieser hohe Anteil an Berufsschülern ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil in der konfuzianischen Tradition, die ja auch heute noch nachwirkt, die Allgemeinbildung so sehr im Vordergrund zu stehen pflegte, daß jegliche frühzeitige Spezialisierung von den Schülern als Karrierebremse empfunden werden mußte, da ja Spitzenstellungen in Staat und Gesellschaft generell nur über die allgemeine Ausbildung zu erreichen waren/sind. Auch heute noch findet sich der Durchschnittsstudent nur dann mit der Berufsschule ab, wenn er von den allgemeinbildenden Schulen "hinausgeprüft" wurde, also die nächsthöhere Stufe nicht bestehen konnte. Dieses "kaobushang" mag vom einzelnen zwar als persönliche Tragödie empfunden werden, hat aber, volkswirtschaftlich gesehen, den Anteil des "akademischen Proletariats" auf Taiwan verhältnismäßig niedrig gehalten und gleichzeitig für eine kräftige Zufuhr gutausgebildeter Fachleute in Industrie- und Tertiärsektor gesorgt.³⁷

Drei Arten berufsbezogener Ausbildung, die sich an die neunjährige Pflichtstufe (Grundschule + Untere Mittelschule) anschließt, werden unterschieden, nämlich eine "Gaozhi" (Höhere Berufsausbildung), die fünf Jahre dauert, nach japanischem Modell ausgeformt wurde und die der Ausbildung von Facharbeitern dient, sowie eine zweijährige "Zhuanke"-Schulung, die Absolventen der Gaozhi zugute kommt und für Ingenieursaus-

bildung sorgt. Diese zweijährige Zusatzschulung ist ebenso wie das fünfjährige Polytechnikum (jishu xueyuan, 18.-23. Lebensjahr) nach deutschem Muster aufgebaut.

In all diesen höheren Berufsschulen spielt übrigens neben der reinen Fachausbildung die Erziehung in Geschichte, Ethik und Wertefragen eine weitaus höhere Rolle als in entsprechenden europäischen Schulen.³⁸

Taiwan gehört - ebenso wie Japan, Korea, Vietnam oder das "große Festland" - zum Einflußbereich der konfuzianischen Lernkultur. Nicht der Blut-, sondern der Lernadel hat hier seit unvordenklichen Zeiten Vortritt bei der Besetzung von Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft. Ganz in dieser Tradition wird in Taiwan nicht nur auf die formale Schulausbildung, sondern bereits auch auf frühkindliche Erziehung besonderer Wert gelegt. "Kinder sind da, um zu lernen", heißt es in einem höchst bezeichnenden Kommentar: "Was für die Erwachsenen wie ein Spiel aussieht, ist in Wirklichkeit kindliche Arbeit mit dem Ziel, die Welt zu begreifen. Der wirksamste Weg, Kinder zu unterrichten, besteht darin, ihre natürliche Neigung zum Spiel zu fördern und dadurch Lerneffekte auszulösen."³⁹

1.2.2.3.

Das metakonfuzianische Wertesystem als Treibsatz

1.2.2.3.1.

Unterschätzte Traditionen

Solange der Konfuzianismus als Staatsdoktrin lebendig war, behinderte er die Modernisierung. Doch nun, da er als offizielle Doktrin tot, als informelles Wertesystem aber höchst lebendig ist, dient er geradezu als Treibsatz für die wirtschaftliche Erneuerung. Der Widerspruch, der sich hier aufzutun scheint, verschwindet, wenn man bedenkt, daß es sich beim einen um den Konfuzianismus der Großen Tradition, beim anderen aber um den "Konfuzianismus des kleinen Mannes" handelt, der nicht den großen Fragen des Erd-Himmel-Bezugs oder der Moralität staatsmännischen Handelns nachgeht, sondern altbewährte Antworten auf die kleinen Sorgen des täglichen Lebens erteilt, ohne sich gleich ganz von den Grundvorstellungen der Großen Tradition verabschiedet zu haben.

Ist es ein Zufall, daß fünf der acht Länder Asiens, in denen die konfuzianische Tradition weiterwirkt, mit zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten des gesamten Kontinents gehören, während die meisten anderen Volkswirtschaften ihrem Modernisierungsauftrag kaum nachkommen konnten?⁴⁰ Die fünf Länder (Japan und die "Vier kleinen Tiger" Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) sind erfolgreich geworden, obwohl sie kaum Rohstoffe besitzen, obwohl sie ferner - mit Ausnahme von Japan - lange Zeit kolonial unterjocht waren, und obwohl sie im Zeichen verschiedenster Regierungssysteme standen - man denke einerseits an das lange Zeit so autoritär regierte Taiwan, Südkorea oder Singapur, andererseits an das fast "manchesterhaft" liberale Hongkong. Rohstoffarmut, Kolonisierung oder bestimmte Regierungsformen reichen m.a.W. als Erklärung für den Wirtschaftserfolg kaum aus. Vielmehr sind es die bereits in früher Kindheit internalisierten Werte und Haltungen, die das spätere wirtschaftliche Verhalten prägen. Ein ähnlicher Nachweis läßt sich übrigens auch im Zusammenhang mit Indien erbringen, dessen hinduistische Bevölkerung zwar von einem wirtschaftshemmenden Wertesystem bestimmt wird, in dem andererseits freilich drei "Business-Communities" wirken - die Parsen, die Jainas und die Sikhs - , die wirtschaftsfreundlich erzogen und deshalb auch zu den Trägern indischer Wirtschaftserfolge geworden sind.⁴¹

1.2.2.3.2.

Der Metakonfuzianismus

Mit MK ist hier, um dies nochmals zu betonen, nicht die konfuzianische Tradition des Mandarinats gemeint, wie sie fast 2.000 Jahre lang von Beamten- generation zu Beamten- generation weiterüberliefert wurde, sondern der Konfuzianismus des kleinen Mannes, der sich trotz aller Modernisierungsströmungen in den Köpfen des Durchschnittsbürgers gehalten hat.

Anstelle einer abstrakten Definition seien nachfolgend die wichtigsten Stockwerke dieses Wertebauwerks beschrieben:

- **Gemeinschaftsbezogenheit:** Im Vordergrund steht hier nicht das Ich, sondern das Wir (in der Familie, im beruflichen Alltag u.dgl.). Man fragt zuerst nicht nach den Rechten, sondern nach den Pflichten, man vermeidet Konflik-

te und sucht statt dessen nach gemeinsamer Willensbildung, wobei im Interesse der "Harmonie" Konflikte häufig unter den Teppich gekehrt werden. Bevorzugt werden überschaubare Gruppen sowie persönliche "Beziehungen" (guanxi), die anstelle einer allgemeinen Staatsbürgergesinnung sowie anstelle sachlicher Vorgaben ("Gesetze", Regelungen etc.) treten.

- Erziehung und Lernen: Gemeinschaftsbezogenheit ist nicht angeboren, sondern muß durch einen mühsamen Lernprozeß verinnerlicht werden. Es gibt in der Geschichte der Menschheit wenige Kulturen, in denen die Tradition des ständigen Lernens so ausgeprägt ist wie im metakonfuzianischen Kulturkreis: eine ideale Voraussetzung für die Erlernung und Übernahme moderner Wissenschaft und Technologie!

- Hierarchie: Reihenfolge, Rang und Ritual spielen eine aufs minutiöseste beachtete Rolle. Schon in der Familie gibt es keinen "Bruder", sondern nur einen "älteren" oder "jüngeren Bruder", keinen Onkel, sondern nur einen dritten oder vierten Onkel. Noch viel stärker gilt dies im außerfamiliären gesellschaftlichen Leben. Einhaltung der Hierarchieregeln ist bereits die "halbe Miete".

- "Ordnung": Nichts ist in der metakonfuzianistischen Welt verhaßter als Unordnung. Während der durchschnittliche Deutsche vor allem auf präzise Regeln Wert legt, ist für den Chinesen oder Japaner die Welt in Ordnung, sobald das "Gesicht" (und u.a. auch der gesellschaftliche Rang) berücksichtigt wird. Der einzelne gilt nicht als Individuum, sondern als Gruppenmitglied mit einem bestimmten gemeinschaftsbezogenen Imago, das permanent bestätigt sein will, und einem Verhaltenskodex, der genau auf Situationen und Hierarchieebenen abgestimmt ist.

- Eine wichtige Rolle kommt in dieser Welt auch der Bürokratie zu, die in China auf eine über tausendjährige Tradition zurückblickt, und deren Denk- und Verhaltensweisen deshalb auch heute noch weiterwirken.

- Wirtschaftstugenden: Nirgendwo in der Dritten Welt sind auf die "europäischen Herausforderungen" so überzeugende Antworten gefunden worden

wie im metakonfuzianischen Kulturkreis. Vier Elemente vor allem haben den Wirtschaftserfolg dort begründet, nämlich Fleiß, Anerkennung von Leistung, Sparsamkeit und Korporativität. Sprichwörtlich ist der chinesische, koreanische und japanische Bienenfleiß. Darüber hinaus wurde die chinesische Welt seit vielen Jahrhunderten nicht von einem Blut- sondern von einem Prüfungsadel regiert: Ausdruck einer Anerkennung von "Leistung". Auch Arbeit gilt in der metakonfuzianischen Welt nicht als Last, sondern, wenn schon nicht als Lust, so doch als selbstverständliche Bestimmung des Menschen. Das Gleichnis von der Vertreibung aus dem Paradies ist dem konfuzianischen Kulturkreis fremd geblieben.

Auch Sparen ist eine Tugend, die z.B. in der malaiischen Welt wenig geschätzt wird. Wenn Auslandschinesen z.B. in Südostasien immer wohlhabender werden, während die Bumiputras ("Söhne der Erde") zurückbleiben, so hat dies nichts mit Unterschieden in der Intelligenz oder Geschicklichkeit zu tun, sondern hängt mit andersartigen Grundeinstellungen zusammen. Für die einen erscheint es eben "werthaft", jeden Dollar zu investieren, für die anderen aber, ihn gemeinsam mit Freunden zu "konsumieren", u.a. in Form der sog. "Selamatan"-Gastmähler.

Wirtschaftlich am bedeutsamsten aber ist wahrscheinlich die Korporativität. Während die meisten südostasiatischen Gesellschaften "lose strukturiert" sind, zeigt sich in der metakonfuzianischen Welt eine Neigung zu hochgradiger zellulärer Verdichtung, wie sie vor allem in japanischen, koreanischen oder chinesischen Firmen ihren Ausdruck findet. Während Staat, Unternehmen (Kapital) und Arbeit (Gewerkschaften) in den angloamerikanischen Gesellschaften oft weit auseinanderdriften (man denke an die Dauerkonflikte zwischen Konzernen, Regierungen und Trade Unions in Großbritannien vor Thatcher), zeigen sich in der chinesischen Welt oder in Japan so gut wie keine Reibungsverluste. Bezeichnenderweise ist hier das Gros der Gewerkschaften auf Betriebsebene organisiert. Man arbeitet nicht für sich selbst, sondern für die Gruppe: Das Unternehmen sind WIR; auch in alter Zeit waren Dörfer Überlebensgemeinschaften - nicht zuletzt in Taiwan.

Acht Länder gibt es in Asien, die bei ihrer Gründung das Erbe des Metakonfuzianismus in die Wiege gelegt bekommen haben, nämlich China, Japan, Taiwan, Singapur, Hongkong, Nord- und Südkorea sowie Vietnam. Fünf dieser Staaten haben, wie bereits erwähnt, ihre wirtschaftlichen Hausaufgaben mit überzeugendem Erfolg gelöst, während drei, nämlich die VR China, Nordkorea und Vietnam, versucht haben, ihr eigenes Erbe durch Übernahme traditionsfremder Elemente zu ersetzen: Sie legten sich mehrere Jahrzehnte lang die Fesseln einer stalinistischen Wirtschaftsweise an, unterdrückten die in ihren Völkern schlummernde Begabung für das Dienstleistungswesen, ersetzten das Leistungsprinzip durch Belohnung politischen Engagements und erhoben auch sonst Verhaltensweisen zur Norm, die vor dem Hintergrund der Tradition als "anomal" erscheinen mußten.

Eine Gegenüberstellung der beiden Ländergruppen dürfte einen schlagenden Beweis dafür abgeben, daß das wirtschaftliche Versagen der Volkswirtschaften in den drei marxistisch ausgerichteten Staaten genaugenommen ein KP-Versagen war. Letztlich hing dies damit zusammen, daß die Chinesen auf dem Festland vier Jahrzehnte lang einen Prozeß der Entfremdung haben durchmachen müssen, während es den Landsleuten auf Taiwan möglich war, die ganze Zeit über weitgehend mit sich selbst, d.h. ihren Traditionen, identisch zu bleiben.⁴² Vor allem das China Mao Zedongs entfernte sich weit von den chinesischen Traditionen und von allem, was der Durchschnittschinese als "normal" empfand. Maos Klassenkampfpriorität beispielsweise widersprach den Harmoniebedürfnissen und mußte als "luan" ("chaotisch") gelten, seine Kritik- und Selbstkritikpostulate waren, metakonfuzianisch gesehen, Aufforderungen zur systematischen Gesichtverletzung, der maoistische Egalitarismus verstieß gegen eingefahrene Hierarchiegewohnheiten, die Beurteilung von Verhalten nach "politischen" Maßstäben negierte das überall im Denken verankerte Leistungsprinzip. Die großen Visionen von einer künftigen kommunistischen Gesellschaft prallten an der chinesischen Nüchternheit ab, die ihre Vorbilder seit Jahrhunderten nicht aus der Zukunft, sondern stets aus der Vergangenheit bezogen hat, und die sich im übrigen stets an der Machbarkeit orientiert.⁴³

Entfremdet hat sich die KPCh aber nicht nur von der chinesischen Tradition, sondern auch von den eigenen "Massen", vor allem von den Intellektuellen und einem Großteil der städtischen Bevölkerung, die vor allem von den Juni-Ereignissen d.J. 1989 schockiert wurde.

Eine Zeitlang hatten die Reformer um Deng Xiaoping zwar einen "Renormalisierung"-Kurs in Gang setzen können. Vor allem ihre Forderung nach Betriebsautonomie, nach Anerkennung von Leistung, nach Einstellung der Klassenkämpfe trugen ihnen Sympathien ein und erhöhten nicht zuletzt auch den wirtschaftlichen Leistungswillen, zumal sie auch das Gewinnstreben wieder für legitim erklärt hatten.

Die Ereignisse vom 4. Juni 1989 und die nachfolgende Wiederbelebung alter, längst überwunden geglaubter Zustände führten jedoch zu einer erneuten Entfremdung.

Ganz im Gegensatz dazu hat der Kurs der GMD den Bürgern Taiwans selten das Gefühl gegeben, sie lebten unter "anormalen" Zuständen. Zwar steuerte die Führung in den ersten Jahrzehnten durchaus einen Wiedervereinigungskurs, der mit zahlreichen innenpolitischen Konsequenzen durchaus unangenehmer und kostspieliger Art verbunden war, doch beschränkten sich die Auswirkungen nur auf Teilsegmente und zogen nicht die gesamte Gesellschaftsstrategie mit in ihren Bann. Wer nicht gerade eines der drei großen Tabus (Antikommunismus, Herrschaft der Jiang-Familie und Unabtrennbarkeit Taiwans) verletzte, konnte tun und lassen, was er wollte. Ganz besonders hütete sich der Staat, in religiöse Angelegenheiten einzugreifen - von einem Klassenkampf gegen "die Bourgeoisie" oder andere gesellschaftliche Segmente ganz zu schweigen. Auch das metakonfuzianische Wertesystem blieb weitgehend unberührt, obwohl es mit zahlreichen modernen Erscheinungen "verschichtet wurde".⁴⁴

1.2.2.3.3.

Die metakonfuzianische Variante des Taiwan-Modells: Sanminzhuyi

Die "Sanminzhuyi", d.h. die Nationale (minzuzhuyi), die Politische (minquanzhuyi) und die Soziale (minshengzhuyi) Grundlehre haben seit ihrer Schlußredaktion durch Sun Yixian i.J. 1924 die unterschiedlichste Bewertung erfahren.

Für die einen sind sie ein "Schreibischprodukt"⁴⁵ oder - wie für die derzeitige Opposition in Taiwan - bloße "Dekoration", mit der sich alles und jedes an den Mann bringen lasse,⁴⁶ für die anderen dagegen verkörpern sie ein "Urmodell national-revolutionärer Ideologien in den Entwicklungsländern"⁴⁷. Der "Sunyatsenismus" (Kindermann)⁴⁸ verkörpere die Idee der Volkssouveränität, liefere ein Programm für "evolutionäre Demokratisierung" und verkünde einen "pragmatisch-reformistischen Sozialismus", der "nicht an Dogmen, sondern an sozialgeschichtlichen Lernprozessen sowie an konkreten gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert" sei und eine umfassende Sozialgesetzgebung vorschlage.⁴⁹

So sehr diese Urteile über die "Drei Grundlehren vom Volk" auch auseinandergehen, so haben am Ende doch beide Seiten recht:

Die Skeptiker können darauf verweisen, daß die Praxis der GMD sich über Jahrzehnte hin äonenweit von der schönen Theorie unterschieden habe. Es mochte ja noch hingehen, daß die GMD in den Kriegzeiten der 30er und 40er Jahre keinen Demokratisierungsprozeß zulassen wollte; daß sie ihren autoritären Führungsstil aber auch auf Taiwan fast vier Jahrzehnte lang beibehielt, sei ein Beweis dafür, daß die "Lehre von der Herrschaft des Volkes" (so heißt die wörtliche Übersetzung des Sunschen Begriffs "minquanzhuyi") nie richtig ernst genommen worden sei.

1981 gab das parteioffizielle "Institut für Forschungen über Festlandchina" eine Monographie unter dem Titel "Der richtige Weg für China. Die drei Prinzipien des Volkes",⁵⁰ heraus, in der eingehend über die drei Prinzipien "Nationale Würde", "Demokratie", und "Volkswohl" gehandelt wird und in der vor allem die "Demokratie als Wegweiser für die Zukunft"⁵¹ hervorgehoben wird. Das Volk sei "Herr des Staates"; die Rechte des Bürgers würden durch die Gesetzgebung gesichert, und die Regierung handle mit "dem Einverständnis der Beherrschten".

Als dieser Text geschrieben wurde, hatte Taiwan gerade den Meilidao-Zwischenfall hinter sich, herrschte seit drei Jahrzehnten das Kriegsrecht und wurde fast jede Form von Opposition kriminalisiert.

Auf der anderen Seite können sich freilich auch die Optimisten bestätigt fühlen; wurden in den späten 80er Jahren dann doch jene Verheißungen weitgehend eingelöst, die Sun Yixian einst zum Programm erhoben hatte.

Ob Skeptiker oder Anhänger der Sanminzhuyi: beide müßten darin übereinstimmen, daß die "Drei Grundlehren vom Volk" zumindest in zwei Bereichen nicht nur ex post erfüllt worden sind, sondern daß sie bereits ex ante mitbestimmend bei der Formulierung und Durchführung von Programmen und tagespolitischen Maßnahmen gewesen sind, nämlich die antikommunistischen und die metakonfuzianischen Bestandteile der "Lehre":

Was erstens die *antikommunistischen* Elemente in der Lehre des Guofu ("Staatsvaters") anbelangt, so dienten sie der politischen Führung Taiwans jahrzehntelang als Leitmotiv. Jeder Errungenschaft auf Taiwan wurde denn auch beinahe mechanisch ein sinokommunistisches Negativum gegenübergestellt. Hier einige Beispiele:

- Die Sanminzhuyi stellten das Konsumbedürfnis der Bevölkerung in den Mittelpunkt und behandelten Produktion und Distribution lediglich als Sekundärfragen, während die Kommunisten umgekehrt der Tonnenideologie frönten und für die Konsumwünsche der Mitbürger allenfalls ein Achselzucken übrig hätten.

- Die Sanminzhuyi befürworteten Eigeninitiative, Privateigentum und materielle Anreize, während die Kommunisten alle Initiative ausschließlich von der KP ausgehen lassen wollten, im Interesse des Parteimonopols nur öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln duldeten und materielle Anreize verfeuerteln.

- Die Sanminzhuyi plädierten für ein Gleichgewicht zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung, zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, zwischen Wachstum und sozialer Absicherung sowie zwischen individuellem Lebensstandard und allgemeiner Lebensqualität, während die Kommunisten die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft voranpeitschten, das Privatunternehmertum unterdrückten, einem Wachstumsfetischismus huldigten und dem Lebensstandard der Bevölkerung gegenüber Gleichgültig-

keit an den Tag legten. Bei der Bodenreform auf Taiwan seien die enteigneten Grundbesitzer entschädigt und außerdem dazu ermutigt worden, am Aufbau der neu entstehenden Industrie mitzuwirken, während sie auf dem Festland ohne jede Gegenleistung expropriert und z.T. physisch liquidiert wurden.

- Die Sanminzhuyi bewirkten einen Zusammenklang von wirtschaftlicher Gleichheit und politischer Demokratie, die sich beide gegenseitig förderten, während umgekehrt die KPCh den Egalitarismus herbeizuzwingen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit einzuschränken trachtete.⁵²

- Für die Sanminzhuyi sei das gemeinsame Streben nach Wohlstand, für die Kommunisten dagegen die Selbstbewegung der Materie Triebkraft der Geschichte. Dabei liege es doch auf der Hand, daß der Wunsch nach "Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kommunikation" die "Vier Grundbedürfnisse des Volkes" ausmachten, die schon deshalb den Regierungen als oberstes Anliegen gelten müßten. Das Streben nach Wohlstand sei die Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, und die soziale Evolution wiederum bilde die Hauptströmung der Geschichte. Deshalb stehe der "Wohlstand" im Mittelpunkt der Entwicklung einer Nation, nicht die Materie. Außerdem dürfe sozialer Fortschritt nicht im Wege des Klassenkampfes, sondern müsse über einen "harmonischen" Ausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten herbeigeführt werden.⁵³

- Die Sanminzhuyi befürworteten Verteilungsgerechtigkeit mit steuerlichen (Progressivbesteuerung!) und sozialpartnerschaftlichen Mitteln, während die Kommunisten Methoden der Zwangsumverteilung bevorzugten, einen Zustand "gleicher Armut" in Kauf nähmen und mit Hilfe ihrer "Diktatur des Proletariats" ganze Gesellschaftsschichten auslöschten oder ins soziale Abseits drängten.

Bei solch kontrastscharfen Gegenüberstellungen handelt es sich ganz gewiß um Tatbestandsverkürzungen und Schwarz-Weiß-Malerei, insofern die Praxis in Taiwan ja bei weitem nicht immer so leuchtend, und andererseits auch die Wirklichkeit des Kommunismus nicht immer nur düster war - ganz

gewiß nicht in den Jahren zwischen 1979 und 1988. Doch kann man davon ausgehen, daß die GMD sich in ihrer Entscheidungsfindung von solchen Kontrastvorstellungen hat leiten lassen, wobei sogleich die Frage auftauchte, ob dies aus Prinzipientreue gegenüber den Sanminzhuyi oder aber primär aus antimaoistischen Erwägungen geschehen ist.

Historisch ist es gesichert, daß Sun Yixian zumindest seine "Soziale Grundlehre" in bewußtem Gegensatz zu den marxistischen Lehren formuliert hat. In seinen Schriften, vor allem in den 16 berühmten Referaten, die er gegen Ende seines Lebens 1924 in Guangzhou vortrug, hatte er sich immer wieder leidenschaftlich gegen den Klassenkampf ausgesprochen, der nicht etwa die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern ganz im Gegenteil deren Krankheit sei. Die Hauptaufgabe jeder Regierung müsse darin bestehen, die "Überlebenswünsche des Menschen", d.h. "ihre Suche nach Nahrung, Kleidung, Unterkunft und einem Mindestmaß an Infrastruktur zu unterstützen". In diesem Zusammenhang begeisterte sich Sun für das Sozialwerk Bismarcks, d.h. für die Politik der Sozialversicherung, des Pensionswesens, des Achtstundentags, der progressiven Einkommensbesteuerung und für Maßnahmen gegen Kinder- und Frauenarbeit.

Andererseits forderte Sun - insoweit parallel zu den Marxisten - eine Einschränkung des Kapitalismus, und zwar durch Verstaatlichung der Banken, Eisenbahnen und Reedereien sowie aller Schlüsselbetriebe, des weiteren die Einführung einer direkten und progressiven Einkommens- und Erbschaftsbesteuerung. Zuviel Verstaatlichung allerdings sei auch wieder nicht wünschenswert: daher Vergenossenschaftlichung des Verteilungsapparats, Gründung privater und staatlicher Konsumvereine und Vergabe des Bodens an die Pflüger, wobei die Umverteilung nicht durch Enteignung, sondern mit Besteuerungs- und Aufkauf-Instrumenten zu erfolgen habe.

Leitmotiv aller Modernisierungsüberlegungen Suns war m.a.W. die Verknüpfung von technologischer Innovation und sozialer Abfederung, Ziel die systemüberwindende Reform.

Es war nicht zufällig die "Soziale Grundlehre", die sich auf Taiwan lange Zeit am sichtbarsten durchsetzen

konnte. Gerade im sozialen Bereich wollte die GMD ja jede Gelegenheit ergreifen, um sich von den Praktiken der Kommunisten auf dem Festland besonders holzschnittartig abzugrenzen. Das Trauma der Niederlage auf dem Festland und des Exils in Taiwan sowie der Wunsch, die Schicksalsschläge von 1946/49 wieder rückgängig zu machen, waren es denn auch, die der GMD-Sozialpolitik Schwung, ja fast missionarischen Eifer verliehen. Nicht so sehr die "Soziale Grundlehre" an sich, als vielmehr die in ihrem Namen betriebene Kontrastierungspolitik diente hier als Haupttreibsatz.

Die "Politische Grundlehre" Suns mußte dagegen Jahrzehnte warten, ehe sie gegen Ende der 80er Jahre ihre Erfüllung finden konnte.

Der zweite wichtige Antriebsmotor für das Handeln der RCh-Regierung war das Aggregat der metakonfuzianischen Elemente, die die Sanminzhuyi wie ein roter Faden durchziehen und deretwegen die "Drei Grundlehren vom Volk" für die breite Bevölkerung von vorneherein so akzeptabel waren.

Zwar sind den Sanminzhuyi auch zahlreiche westliche Zugaben beigemischt, so z.B. die Lehre von der "Nation China", ferner die Idee der Volkssouveränität, die vom kaiserlich-mandarinären China niemals verstanden worden wären, die Drei Gewalten (innerhalb der Fünf-Gewalten-Verfassung) und die bereits erwähnten, dem bismarckschen Vorbild entnommenen sozialpolitischen Programme.

Noch stärker freilich als der westliche Einfluß hat sich in die Sanminzhuyi das chinesische Traditionsgut einnisten können. Die Wahlverwandtschaft zwischen den "Drei Grundlehren" und dem Metakonfuzianismus ist unverkennbar!

Leitmotive der Sanminzhuyi sind beispielsweise Gemeinschaftsbezogenheit, soziale "Harmonie" und Gleichgewichtsdenken.

Sun Yixian liebte den Vergleich der Republik mit einer Fabrik: Der Präsident fungiere als Direktor, die Regierung stelle die Arbeiterschaft und das Volk besitze die Aktien. Alle seien aufeinander angewiesen und sollten miteinander harmonieren, vor allem aber darauf verzichten, sich durch Klassenkämpfe oder durch Streiks das Leben schwerzumachen.

CHINA aktuell

Das "traditionelle ethische System" gehöre im modernen Industriestaat keineswegs der Vergangenheit an. An die Stelle der früheren, für die alte Agrargesellschaft maßgebenden "Fünf Beziehungen" seien in der Industriegesellschaft drei neue Bezugsmuster getreten, nämlich die Bande zwischen Unternehmern, Arbeitern und Konsumenten. Die Schlüsselstellung im modernen Industrie-prozeß werde von den Unternehmern eingenommen. Sie hätten in der Regel die meisten Rechte und müßten deshalb - ganz im konfuzianischen Sinne - auch den Löwenanteil der Pflichten tragen. Geschäftliche Entscheidungen dürften sich schon deshalb nicht in einer moralischen Grauzone vollziehen, weil sie zahllose Konsequenzen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene nach sich zögen. Vielmehr müßten sie ethischen Erwägungen unterworfen sein, d.h. stets die Entwicklung der Gesellschaft als ganzer im Auge behalten. Die Maxime, daß das Wohl der Gemeinschaft vor dem des einzelnen zu stehen habe, sei heutzutage nicht weniger aktuell als vor zweieinhalbtausend Jahren. Konfuzius sei modern wie eh und je.⁵⁴

Sun Yixian empfiehlt "Loyalität" gegenüber dem Staat, "Pietät" gegenüber den Eltern und Wohlwollen, Ehrlichkeit und Gerechtigkeitsinn gegenüber der Allgemeinheit und er fordert Gleichgewichtsdenken in der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Konfuzianisch an Sun Yixians Programm ist auch die Anknüpfung an die alte Lerntradition. Taiwan hat diesen Text besonders genau nachbuchstabiert und damit eine für den Modernisierungsprozeß besonders günstige Voraussetzung geschaffen, nämlich die Qualifizierung der Bevölkerung. Jahr für Jahr fließen über 15% der Staatsausgaben in den Erziehungsbereich. Mehr als 60% der Zhuzhong (Junior Highschool)-Absolventen wechseln in die Gaozhong (Senior Highschool) über und über 30 Universitäten und Hochschulen bieten die üblichen Vierjahreskurse an. Schon fast einer Redundanz kommt es gleich, wenn man darauf hinweist, daß auf Taiwan seit den 60er Jahren eine neunjährige Grundschulpflicht besteht. Im Gegensatz dazu wurde auf dem Festland vor allem 1958 ff. (Großer Sprung) und 1966 ff. (Kulturrevolution) das Schulwesen immer wieder einem Wechselbad ausgesetzt, wurden Lehrer und

Professoren jahrelang als "bürgerliche Intellektuelle" ausgegrenzt und dauerte es überdies bis 1985, ehe die Grundschulpflicht wenigstens für die Küstenbevölkerung eingeführt wurde.

Was andere Chiffren des Metakonfuzianismus, wie "Ordnung" und Hierarchie, Diesseitsfrömmigkeit, vor allem aber die Wirtschaftstugenden Fleiß, Leistungsbewußtsein, Sparsamkeit und Korporativität anbelangt, so gehören sie so selbstverständlich zum Inventar der "Drei Grundlehren vom Volk", daß es einer besonderen Hervorhebung bisher nicht bedurfte.

Taiwans Attraktivität besteht für Chinesen jeder politischen Couleur vor allem darin, daß es, anders als das maoistische China, die Tradition nicht etwa zerstört, sondern sie im Gegenteil als Fundament für den Aufbau des Neuen bewahrt hat, und dies, obwohl die Insel im Zuge der Modernisierung nicht weniger als das Festland einem extremen Druck nach Veränderung und gesellschaftlichen Innovationen ausgesetzt war. Auf Taiwan hat sich aber, im Gegensatz zum Festland, die Erkenntnis durchgesetzt, daß es ohne Vergangenheit auch keine Zukunft geben kann. Einen Beitrag zu dieser Erkenntnis haben auch die Sanminzhuyi geliefert.

Taiwan, das seit 1949 in direkter Konkurrenz zum Festland stand, konnte, wie Hacke⁵⁵ es zutreffend formuliert, mit seinem Modell nur dann attraktiv werden, wenn es dem "Dreiklang marktwirtschaftlich, demokratisch und chinesisches zugleich" gehorchte - und eben dadurch zur "Sehnsucht des Festlands" wurde.

1.2.2.4.

Entwicklungsrichtigkeit

Die GMD, die noch Mitte der 40er Jahre gegen den Strom der Geschichte geschwommen und von der damals so "progressiv" auftretenden KPCh in einem nur neunmonatigen Feldzug vom Festland hinweggefegt worden war, hatte schon wenige Jahre später aus dem Trauma dieser Niederlage so konsequente Schlußfolgerungen gezogen, daß sie bereits in den späten 60er Jahren imstande war, das Steuer wieder herumzuwerfen und sich in die Hauptströmung hineinzubegeben, während nun umgekehrt den kommunistischen Widersachern auf dem Festland der Gegenwind ins Gesicht zu blasen begann.

Taiwan lag m.a.W. zu Beginn der 70er Jahre genauso "entwicklungsrichtig", wie es die sinokommunistische Bewegung in den späten 40er Jahren gewesen war.

Hauptkriterium für die "Entwicklungsrichtigkeit" ist die Verwirklichung von Mitbestimmung und die damit verbundene Zurückdrängung personeller Willkür zugunsten sachlicher Entscheidungen im öffentlich-gesellschaftlichen Leben. Mit der Verwirklichung marktwirtschaftlicher und demokratischer Prozesse, mit dem Abbau von Berührungängsten zwischen Führungselite und Bevölkerung sowie mit der Herstellung sozialer Symmetrie hat sich Taiwan inzwischen jenem im Zeichen der modernen Industriegesellschaft offensichtlich unaufhaltsamen Geschehen angepaßt, das durch die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung und durch die französische Revolution in Gang gesetzt und durch die Partizipationszwänge der modernen Zivilisation in feste Bahnen gelenkt wurde. Diese "demokratische Weltrevolution" - wie Martin Kriele sie nennt - konnte durch autoritäre "Gegenrevolution" wie den Stalinismus und den Faschismus zwar vorübergehend gebremst, aber in ihrer "Gesetzlichkeit" auf die Dauer nicht aufgehalten werden.⁵⁶

Die Führung in Taiwan ist inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß sie ihre Gegner auf dem Festland nicht mit Gegenpropaganda, sondern durch die weitere Sublimierung jener Ansätze ins Unrecht setzen muß, wie sie sich in der taiwanesischen Wirtschaft seit den 60er, in der Politik aber seit den späten 80er Jahren haben herausentwickeln können, nämlich durch weitere Optimierung der bisher so erfolgreich verlaufenen Marktwirtschaft und durch anhaltende Demokratisierung.

Dies war denn auch der Kerngedanke der Botschaft, die Li Denghui anläßlich des "Doppelzehnten", also des Nationalfeiertags der RCh, am 10. Oktober 1990 verkündete.⁵⁷ Seine Forderungen liefen auf weitere "Demokratisierung", "Beschleunigung der Verfassungsreform", "harte Arbeit und Sparsamkeit", "Schaffung eines neuen Wirtschaftswunders" und "Ausdehnung unserer diplomatischen Beziehungen durch Ehrlichkeit und Pragmatismus" hinaus. Nicht um Dogmen gehe es hier, sondern um den Versuch, die Politik seines Landes den Forderungen der Zeit anzupassen.

Der Erfolg scheint ihm rechtzugeben. Wenn, wie Deng Xiaoping es seit 1979 fordert, die "Wahrheit in den Tatsachen" liegt, wenn sich Wahrheit also durch Erfolge kundtut, so kann sich die Politik Taibais in ihrer "Entwicklungsrichtigkeit" ein weiteres Mal bestätigt sehen.

2. Zukunftsaspekte der chinesischen Teilung

2.1. Prozessuale Perspektiven

2.1.1. Sechs Möglichkeiten

In den 50er und 60er Jahren hielt die Zukunft für Taiwan noch zahlreiche prozessuale und inhaltliche Variablen bereit, von denen allerdings drei im Laufe der geschichtlichen Entwicklung ausfiltriert wurden, nämlich die Option einer militärischen, einer politischen Isolations- und einer wirtschaftlichen Strangulationslösung. Übrig blieben am Ende nur eine bilaterale Wiedervereinigungs- oder aber eine unilaterale Abspaltungslösung sowie die Möglichkeit, die Frage auf die lange Bank zu schieben, sie also für unabsehbare Zeit offen zu lassen.

2.1.1.1. Das Gespenst von vorgestern: Die militärische Option

Die Lösung der China-Frage mit militärischen Mitteln wurde spätestens seit dem Ablauf der drei geschilderten "Vierjahresrhythmen" (1954-1962) nicht mehr ernsthaft erwogen, und zwar weder von volksrepublikanischer noch von republikanischer Seite. Nicht einmal Krisensituationen wie die Kulturrevolution oder das Tiananmen-Massaker brachten die Führung in Taibei auch nur im entferntesten auf die Idee, den "unterdrückten Massen" von außen her zu Hilfe zu eilen.

Umgekehrt hält Taibei es aber für ratsam, in seinen Verteidigungsüberlegungen auf sämtliche Möglichkeiten vorbereitet zu bleiben.

Wie schon die "Battle of Britain" während des Zweiten Weltkriegs gezeigt hat, hängt das Schicksal Taiwans letztlich von der Lufthoheit - und hierbei wiederum von einer qualitativ überlegenen Luftwaffe ab. Da die Formosastraße nur 160 km breit ist und ein modernes Kampfflugzeug sie in weni-

ger als zehn Minuten zu überqueren vermag, kann die Inselluftwaffe gar nicht flexibel genug sein. Das Beste an Luftüberwachung ist gerade gut genug. Die einzige Garantie für Taiwans Sicherheit ist unter diesen Umständen ein permanenter Qualitätsvorsprung bei der Ausrüstung - bei Quantitäten kann die Insel ohnehin nicht mithalten. Außerdem geht Taiwan davon aus, daß die Volksrepublik nicht in der Lage ist, zur gleichen Zeit mehr als 200 Flugzeuge auf Angriffskurs zu halten, denen nun wiederum ein konzentrierter Abwehrschild von 250 Flugzeugen entgegengehalten werden könne. Wichtig bleibe auch eine Abschußrate von 5:1.

Es darf nicht weiter verwundern, daß Beijing, dem diese Überlegungen bekannt sind, nichts unversucht läßt, um die RCh vom Bezug weiterer moderner Kampfflugzeuge abzuschotten. Unter diesen Umständen ist Taiwan zum Eigenbau übergegangen und stellt einen "IDF" (indigenus fighter) her, der unter dem Namen "Jingguo" (zu Ehren des verstorbenen Präsidenten Jiang Jingguo) bekannt geworden ist. Bis 1997 sollen 256 IDF verfügbar sein.⁵⁸

Eine Strategie der nuklearen Abschreckung andererseits kommt für Taiwan nicht in Betracht,⁵⁹ trotzdem glaubt man hier das zur Verteidigung nötige militärische Gleichgewicht auch in den nächsten Jahren erhalten zu können.⁶⁰

2.1.1.2. Außenpolitische Isolierung Taiwans?

Auch die von Beijing gegenüber Taiwan verhängte Apartheidpolitik hat bisher weder die Wiedervereinigung herbeizwingen noch Taiwans Existenzgrundlagen auszuhöhlen vermocht - im Gegenteil: Gelände, das *politisch* verloren ging, wurde prompt *außenwirtschaftlich* nachbesetzt. Der erzwungene Exodus aus der UNO im Oktober 1971 hat die RCh-Regierung zwar viel Gesicht gekostet, ihren Lebensgrundlagen aber nichts anzutun vermocht. Auch die Schweiz kann bekanntlich ohne die UNO zurechtkommen.

2.1.1.3. Außenwirtschaftliche Strangulation Taiwans?

Undurchführbar wäre heutzutage auch eine Politik des außenwirtschaftlichen Würgegriffs - etwa im Sinne einer ökonomischen Hallstein-Doktrin. Ein Junktim Beijings gegenüber seinen

Handelspartnern, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan einzufrieren oder aber zumindest keine Export- und Investitionsbürgschaften mehr zu gewähren, hat es nie gegeben. Vermutlich wäre einem solchen Ansinnen in der internationalen Gemeinschaft auch nie stattgegeben - zumindest aber wäre es systematisch umgangen worden. Außerdem hat Beijing wiederholte Male erklärt, daß es den Tongbaomen ("Blutsbrüdern") auf Taiwan nicht den ökonomischen Lebensfaden abschneiden wolle. Vor allem hat es zu Beginn der 90er Jahre mehrere Male bekanntgegeben, daß es keine Einwendungen habe, wenn Taiwan seine Wirtschafts-, Handels- und Kulturbeziehungen auf inoffiziellen Wege betreibe, da dies der Prosperität und Stabilität der Insel diene. Die Toleranzgrenze sei für Beijing allerdings dort erreicht, wo eine "doppelte Anerkennung" - d.h. eine Legitimierung zweier chinesischer Staaten - m.a.W. also die Spaltung Chinas betrieben werde.

Nach alledem verbleiben für die Zukunft nur noch drei Varianten, nämlich die Verhandlungslösung zwischen Taibei und Beijing mit dem Ziel der Wiedervereinigung oder die plebiszitäre Option im Sinne einer Unabhängigkeit Taiwans. Ein Zwischenweg bestünde darin, die Frage offen zu halten.

2.1.1.4. Verhandlungsoption

Verhandlungen sind von Beijing in den vergangenen Jahren häufig genug, von dem in diesem Punkt etwas zögerlichen Taiwan dagegen erstmals im Mai 1990 angeboten worden. Es wäre nicht das erste Mal, daß GMD und KPCh am runden Tisch Gespräche führten. Beide haben bereits in den 20er Jahren und später im Krieg gegen Japan zusammengearbeitet. Noch im Herbst 1945 hatte Mao Zedong 43 Tage lang mit Jiang Jieshi Verhandlungen geführt.

Vor allem Beijing hat auf diese Präzedenzfälle immer wieder hingewiesen und zur Erneuerung der Gespräche aufgerufen.⁶¹ Streitig ist jetzt, wie gesagt, nur noch die Frage, ob auf Regierungsebene (so Taibei) oder aber auf Parteiebene (so Beijing) gesprochen werden soll.

In der Zwischenzeit haben beide Seiten auch bereits Organe gebildet, die zu einem geeigneten Zeitpunkt in Ak-

tion treten sollen. Auf Taiwan wurden 1990 nicht weniger als fünf solche Institutionen gegründet, die, flexibel wie die Führung in Taibei nun einmal ist, auf jeder Ebene "einsetzen" könnten: Auf Präsidialebene entstand der "Nationale Einigungsrat", auf Kabinetts-ebene die "Kommission für Festlandsfragen" und auf Privatebene die "Provisorische Agentur für eine Zusammenarbeit in Festlandsfragen" (vgl. dazu das beiliegende Organogramm).

Eine Schlüsselstellung kommt hierbei im Oktober 1990 gebildeten "Kommission des Exekutivyuans für Festlandsfragen" (xingzhengyuan dalu shiwu weiyuanhui) zu, der etwa eine ähnliche Stellung einnimmt wie das "Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen", ohne allerdings selbst Ausführungsgewalt zu besitzen. Der Ausschuß soll vielmehr die Festlandszene systematisch im Auge behalten und mit konstruktiven Vorschlägen reagieren, deren Durchführung den in concreto jeweils zuständigen Ministerien überlassen bleiben soll, sei es nun dem Erziehungs-, dem Wirtschafts-

oder aber dem Außenministerium. Geleitet wird der Ausschuß unmittelbar durch einen stellvertretenden Ministerpräsidenten (z.Zt. Shi Jiyang), dem drei Stellvertreter und rd. 20 Mitarbeiter attached sind.⁶²

Mit Hilfe der neuen Organisation will die Regierung in Taibei bei der Wiedervereinigungsfrage fortan ohne Unterlaß am Ball bleiben.⁶³

Auch in der Volksrepublik ist ein "Büro für Taiwanangelegenheiten" gegründet worden, das direkt dem Staatsrat unterstellt ist und dem damit de facto Ministerialrang zukommt. An seiner Spitze steht seit Mitte Oktober 1990 bezeichnenderweise der Gouverneur der Taiwan benachbarten Provinz Fujian, Wang Zhaoguo.

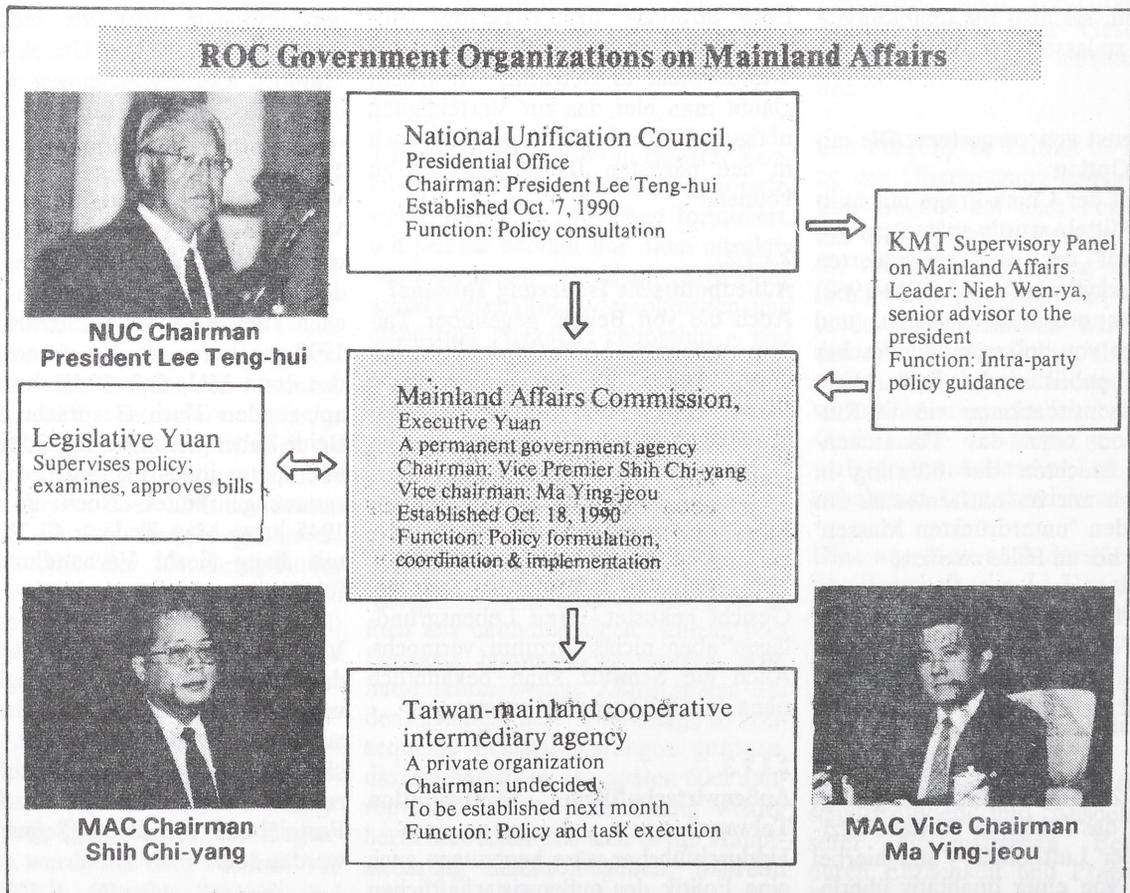
Die institutionellen Weichen sind also gestellt.

Allerdings herrscht auf beiden Seiten beträchtliche Berührungsscheu. Bei der Volksrepublik ist dies nach den Ereignissen vom Tiananmen durchaus

verständlich. Bezeichnend für die Stimmung in Beijing war auch die Überreaktion gegen das Propagandaschiff "Göttin der Demokratie", das Mitte 1990 vom Ostchinesischen Meer aus im Auftrag der studentischen Exilopposition Propagandasendungen gegen die KPCh aufnehmen sollte.

Aber auch Taiwan zeigt sich erstaunlich zurückhaltend, obwohl es angesichts seines "entwicklungsrichtigen" Kurses keine Angst haben müßte, in die Offensive zu gehen. Als sich Mitte 1990 taiwanesisches Großunternehmen mit dem - offensichtlich immer noch als frevelhaft empfundenen - Gedanken trugen, mehrere Milliarden US-Dollar auf dem Festland zu investieren, ließ die Regierung nichts unversucht, um ihr "Festlandsfieber" (daluri) wieder abzukühlen.⁶⁴ Dabei lag es doch auf der Hand, daß Festlandsinvestitionen, genauso wie Festlandsbesuche von Taiwanesen, auf die Dauer nicht für, sondern gegen das festländische Regime auswirkten. In einem Kommentar des *Free China Journal*⁶⁵ hieß es, daß "häufige Interaktionen

Organogramm



Quelle: FCJ, 22.10.1990

zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern den Einfluß der Kommunisten auf nichtkommunistische Länder bishe nicht nur reduziert, sondern ihn überdies auch noch entmutigt" hätten.⁶⁵ Man fragt sich, warum die Führung in Taibei solche Erkenntnisse nicht auch auf ihre Politik anzuwenden wagt.

Hinter den RCh-Kulissen spielt sich offensichtlich ein Tauziehen zwischen Warnern und Verfechtern eines offenen Kurses ab. Zu den Instanzen, die zu besonderer Vorsicht im Umgang mit dem Festland mahnen, gehört verständlicherweise das "Taiwan-Garnisonskommando", das in gewissen Abständen auf die Gefahr der "Infiltration" hinzuweisen pflegt.⁶⁶

Demgegenüber setzen sich vor allem die wirtschaftsbezogenen Ressorts der Regierung dafür ein, daß selbst KPCh-Mitgliedern die Einreise nach Taiwan gestattet werden möge.⁶⁷ 1990 scheinen sie mit ihrer Position einen Durchbruch erzielt zu haben; heißt es doch in § 15 der am 11. September 1990 erlassenen Vorschriften über die "Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße", daß "Personen vom Festland, die Verbrechen im Zusammenhang mit der Rebellion ... begangen haben, darüber hinaus aber auch Personen, die Rebellenorganisationen beigetreten sind, an Rebellen treffen teilgenommen und Propaganda betrieben haben ... und die aufgrund einer Genehmigung nach Taiwan eingereist sind, strafrechtlich nicht verfolgt werden, falls sie die für sie belastenden Tatsachen im Antrag auf Einreisegenehmigung wahrheitsgemäß angegeben haben".⁶⁸

Seit 1990 scheint Taibei seine Chance ergreifen zu wollen. Was die Verhandlungen jetzt noch hindert, ist aus RCh-Sicht nur noch der Dissens über die Gesprächsebene.

2.1.1.5.

Eine plebiszitäre Entscheidung?

Die große Antithese zur Verhandlungslösung wäre eine Volksentscheidung, die, wie die Stimmung auf Taiwan nun einmal beschaffen ist, vermutlich auf ein Plädoyer für die Unabhängigkeit der Insel hinausliefe (Näheres dazu unten 2.2.2.). Ein solches Plebiszit wird zumindest von der MJD gefordert, die bereit ist, dafür notfalls auch Reaktionen Beijings in Kauf zu nehmen.⁶⁹

2.2.

Sachfragen

Soweit die Lösung nicht mit Gewalt, sondern auf dem Verhandlungsweg herbeigeführt werden soll, stehen drei Optionen zur Wahl, nämlich entweder die Wiedervereinigung (China = 1 Staat) oder aber die Unabhängigkeit Taiwans (China = 2 Staaten) oder aber das "Offenhalten" der Taiwan-Frage, das eher der Option 2 entspräche.

2.2.1.

Die "Ein-Staaten"- und Unabtrennbarkeitsthese

2.2.1.1.

Varianten der Ein-Staaten-Option

Anders als in der deutschen Wiedervereinigungsdiskussion ging es den Kontrahenten in Taibei und Beijing erklärtermaßen nicht einen Augenblick lang um eine Anerkennung zweier Staaten, sondern lediglich um die Frage der legitimen Vertretung des von beiden "Staatsparteien" als Einheit postulierten China, das hier "Republik China", dort "Volksrepublik China" genannt wurde.

Keine Rede also von zwei Staaten oder aber von einer Abtrennung Taiwans. Noch in den 50er und 60er Jahren schien an dieser Interpretation nichts Besonderes zu sein; denn Spaltungen hatte es in der chinesischen Geschichte immer wieder gegeben, ohne daß das Reich je auf Dauer hätte auseinandergerissen werden können. In den 3.000 Jahren seit Beginn der Zhou-Dynastie (11. Jhdt. v. Chr.) war China weit über 1.500 Jahre staatlich zersplittert; manchmal war es in zwei, drei, fünf, ja sogar sieben Teile zerfallen, hatte aber dann letztlich doch immer wieder zusammengefunden. Warum sollte sich eine solche Wiedervereinigung nicht auch diesmal ereignen, fragte man sich diesseits und jenseits der Taiwanstraße.

Eine andere Frage bestand darin, mit welchen Mitteln die Einheit wiederhergestellt werden sollte.

Bis zum Neun-Punkte-Vorschlag Beijings vom 10.10.1981⁷⁰ war immer nur von "Befreiung Taiwans" (jiefang) gesprochen worden, jetzt dagegen gab es die neue Wortregelung; sie hieß "Wiedervereinigung" (tongyi). Nach Ansicht der Beijinger Regierung gab es seit damals nur noch zwei Hindernisse

für die friedliche Wiedervereinigung, nämlich die "Weigerung der taiwanesischen Behörden", sich auf Verhandlungen einzulassen, und die fortgesetzten Waffenlieferungen der USA an den Inselstaat. Daß das Votum der Bevölkerung Taiwans gegen die Wiedervereinigung ein dritter Hinderungsgrund sein könnte - dies kam niemandem in Beijing in den Sinn; niemand wollte sich dort auch den Luxus einer Volksbefragung leisten - kein Wunder, daß das Wort Plebiszit in den Neun Punkten von 1981 nicht ein einziges Mal auftauchte, und daß jegliche Form einer Unabhängigkeit Taiwans als indiskutabel galt.

Unter dem Etikett der Ein-Staaten-Theorie haben sich im Laufe der Zeit zwei Spielarten entwickelt, die in der typisch numerischen Diktion der chinesischen Sprache mit "Ein Staat, zwei (gesellschaftliche) Systeme" (yi guo liang zhi) und "Ein Staat, zwei Regierungen" (yi guo liang fu) wiedergegeben werden. Die erstere Version wird von der VRCh-Regierung, die letztere von der GMD und dem konservativen Teil der taiwanesischen Opposition vertreten.

Bei aller Feindschaft, die sie sonst trennte, waren sich KPCh und GMD doch jahrzehntelang darin einig, daß die Wiedervereinigung in Form einer schlichten administrativen Rückgliederung der "Provinz Taiwan" in die VR China bzw. in die Republik China erfolgen sollte. Das offizielle Taibei vertritt diesen Standpunkt auch heute noch, in Beijing jedoch hat es inzwischen eine Akzentverschiebung gegeben:

Seit dem Erlaß der neuen volksrepublikanischen Verfassung von 1982 wurde die Wiedervereinigung in einen andersartigen Kontext eingebettet, demzufolge Taiwan künftig eine "Wirtschaftszone" (jingji tequ) im Sinne des Art. 31 werden solle. Der frühere Ministerpräsident Zhao Ziyang erklärte, daß "wir keinesfalls vorhaben, Taiwan zu schlucken. Nach der Wiedervereinigung des Vaterlands werden Taiwan und das Festland gemeinsame Bestandteile der VR China sein. Als eine Wirtschaftszone soll Taiwan volles Selbstscheidungsrecht und außerdem eine Reihe von Sonderbefugnissen besitzen, die anderen Provinzen nicht zustehen. Taiwan kann z.B. ein anderes Verwaltungssystem

praktizieren als das Festland. Es behält die Unabhängigkeit der Rechtsprechung; u.a. brauchen Urteile letzter Instanz nicht in Beijing bestätigt zu werden. Taiwan kann überdies eigene Streitkräfte aufstellen. Das Festland wird weder Militär- noch Verwaltungspersonal entsenden. Partei, Regierung und Armee sollen weiterhin in der Hand Taiwans bleiben. Nach der Wiedervereinigung sollen KPCh und GMD langfristig zusammenarbeiten, auf lange Sicht nebeneinander weiterbestehen und sich gegenseitig kontrollieren. Wir würden es begrüßen, wenn führende Persönlichkeiten der Behörden Taiwans und Repräsentanten aus allen Kreisen der Bevölkerung Leitungsposten in politischen Organen des Landes übernehmen und sich an den Entscheidungen über die Staatsangelegenheiten beteiligen. Wirtschaftlich kann Taiwan als eine Wirtschaftszone einen eigenen Haushalt aufstellen; das Festland wird von Taiwan keinen Pfennig Steuern und keine Abgaben verlangen. Taiwan kann außerdem seine Handelsbeziehungen mit dem Festland ... und die sonstige Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Kultur beibehalten und weiterentwickeln. Die vereinten wirtschaftlichen und technischen Kräfte Taiwans und des Festlands sowie die reichen Naturschätze und die großen Märkte des Festlands werden ein Blühen auf beiden Seiten der Taiwanstraße ermöglichen... Taiwan wird im Falle der Wiedervereinigung also nichts verlieren, sondern im Gegenteil als ein Teil des großen Vaterlands Ruhm und Vorteile gewinnen.⁷¹ Beijings Politik gegenüber Taiwan lasse sich in zwei Sätzen zusammenfassen: "Erstens, Taiwan wird nicht geschluckt, zweitens, Taiwan wird nicht unterwandert." Was die USA anbelange, so fordere Beijing von ihnen nicht etwas zu tun, sondern vielmehr etwas zu unterlassen: "Außer der Forderung, daß die USA der friedlichen Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland keine Hindernisse in den Weg legen, verlangen wir nichts von der amerikanischen Regierung."

Was nun andererseits das offizielle Taipei angeht, so soll Taiwan nicht nur als "Wirtschaftszone", sondern als *Modellzone* in den gesamtchinesischen Staatsverband zurückgegliedert werden. "Wiedervereinigung im Geiste der Sanminzhuyi" bei gleichzeitiger Eliminierung des Marxismus und Maoismus, lautet die Devise. Die RCh-

Regierung ist davon überzeugt, daß es bei einem echten Wettbewerb der Systeme zu einer gleichsam automatischen "Taiwanisierung des Festlands" käme. Man ist sich in Taipei überdies sicher, daß zahlreiche Elemente des Reformkonzepts der Deng Xiaoping-Führung dem Taiwanmodell entnommen sind: zumindest kommen sie den zeitlich früher entwickelten Vorstellungen und Praktiken Taiwans verdächtig nahe - man denke etwa an den Aufbau der Wirtschaftszone, welche an die taiwanesischen Exportverarbeitungs- und Industriezonen denken lassen, ferner an die festländische Investitionsgesetzgebung, die das taiwanische Joint Venture-Beispiel nachahmte, darüber hinaus an die vermehrte Zulassung von Privatbetrieben, vor allem im landwirtschaftlichen - später auch im Industriebereich, an die Neubetonung des Tertiärssektors bei gleichzeitigem Abbau der ehemals im Zeichen stalinistischer Vorbilder etablierten Schwerindustriepriorität, an die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Forschungsbetrieben oder aber an die Einführung des 6:3:3:1-Schulsystems und der neunklassigen Grundschule - um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen, die allesamt dazu beitragen, die lange Zeit so unüberwindlich erscheinende Kluft zwischen beiden Regionen zu verringern.

Eine Zeitlang konnte man angesichts der immer deutlicher zutage tretenden Parallelen fast nicht mehr umhin zu denken, daß die Volksrepublik auf dem besten Weg zur "Taiwanisierung" sei. Im Falle einer Wiedervereinigung würde diese Tendenz vermutlich noch zunehmen. Nichts ist ja attraktiver als der Charme des Erfolgs und der Wohlhabenheit, wie er heutzutage von Taiwan ausgeht.

Der Rückschlag vom Juni 1989 brachte den "Taiwanisierungs"-Prozeß zwar vorübergehend zum Stehen, doch konnte man schon damals voraussagen, daß es zu dem bis dahin betriebenen - und vom Taiwanmodell mitbeeinflussten - Reformkurs auf die Dauer keine Alternative gäbe.

Die Vertreter des Ein-Staaten-Konzepts diesseits und jenseits der Taiwanstraße unterscheiden sich aber nicht nur durch ihre so verschiedenartige Einschätzung Taiwans, sondern auch durch die Selbsteinschätzung ih-

rer Regierungen: Für Beijing hat die Regierung in Taipei einen lediglich lokalen Stellenwert und kommt deshalb als gleichberechtigter Verhandlungspartner nicht in Betracht.

Taipei andererseits verweist auf die in Jahrzehnten gewachsenen Realitäten und pocht deshalb auf Gleichberechtigung der beiden de facto bestehenden Regierungen; gleichzeitig lehnt es das Beijinger Konzept von "Einem Land und zwei Systemen" ab, das ja - laut amtlicher VCh-Interpretation - nur die sozioökonomische kulturelle Eigenständigkeit Taiwans anerkennen will, im übrigen aber die politische Oberherrschaft Beijings postuliert - genauso wie dies gegenüber Hongkong und Macau geschieht.

Die Führung in Beijing liebt es, die Hongkong- und die Taiwan-Frage gern über den gleichen Leisten zu ziehen, da beide ja zahlreiche Gemeinsamkeiten aufwiesen: sie seien (1) Teile des chinesischen Territoriums, seien (2) fast ausschließlich von Chinesen bewohnt, die sich (3) nach einer schnellen Wiedervereinigung des Vaterlandes sehnten, und sie besäßen beide (4) ein kapitalistisches Gesellschaftssystem. Beide könnten daher in gleicher Weise zu "Sonderverwaltungsgebieten" werden.⁷²

2.2.1.2.

Die deutsche Wiedervereinigung als Vorbild?

Das Jahr 1989, das für Osteuropa so schicksalhaft wurde, hat auch in die innerchinesische Diskussion neue Akzente gebracht. Allerdings treffen viele der Elemente, die charakteristisch für die deutsche Vereinigung waren, zwar für Korea, nicht jedoch für China zu. Dies weiß man vor allem in Taiwan.⁷³

Deutschland und Korea waren nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Einwirkung von ausländischen Mächten geteilt worden, wobei sich hier wie dort dieselben Staaten beteiligt hatten, nämlich die Sowjetunion und die USA. China dagegen hatte sich im Gefolge eines Bürgerkriegs aus sich selbst heraus gespalten. Für China kam deshalb auch nie eine Zwei-Staaten-Lösung in Betracht, wie sie etwa im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR eine Zeitlang anerkannt worden war.

Zweitens brach die DDR aus innerer Schwäche und Unglaubhaftigkeit, vor allem aber deshalb zusammen, weil

Moskau seine Ostberliner Genossen, die über eine Satellitenrolle nie hinausgekommen waren, im Stich gelassen hatte. Demgegenüber war die VR China im Laufe ihrer über vierzigjährigen Geschichte niemals ein Anhängsel der UdSSR gewesen. Zumindest aber hatte sie seit 1960 die letzten sowjetischen Fesseln abgeschüttelt und besaß überdies kraft ihrer schier Größe wesentlich mehr Beharrungs- und Selbstbehauptungsvermögen als die DDR.

Ein drittes Hauptelement der deutschen Wiedervereinigung war die Tatsache, daß ein politisch demokratisiertes und wirtschaftlich hochentwickeltes sowie weltoffenes Gesellschaftssystem wie die Bundesrepublik einer DDR konfrontiert war, die sich im politischen und wirtschaftlichen Bereich durch autoritäre Herrschaftsformen über Wasser zu halten versuchte, und die sich in ihrer hochgradigen Berührungsscheu überdies von der "außersozialistischen" Welt abgeschottet, ja im wahrsten Sinne des Wortes zugemauert hatte. Unter diesen Umständen war abzusehen, daß die DDR bei offenem Wettbewerb gegenüber der Bundesrepublik weder politisch noch wirtschaftlich oder gesellschaftlich etwas zu bestellen hatte. Über die Jahrzehnte der Abschottung war in dem "Arbeiter- und Bauernstaat" ein Vakuum entstanden, in das die bundesrepublikanische Ordnung nach Öffnung der Mauer geradezu implodierte. Ganz anders die chinesische Situation: Hier gibt es keine Mauer, sondern lediglich die Taiwanstraße, die einerseits Taiwan jahrelang vor militärischen Angriffen der Volksrepublik geschützt, die andererseits allerdings auch verhindert hat, daß das Taiwanmodell noch stärker auf dem Festland Fuß fassen könnten als es während der frühen 80er Jahre geschehen ist.

Ein viertes Element des deutschen Einigungsprozesses waren die günstigen Größenrelationen: Ein "großer Starker" schluckte hier einen "kleinen Schwachen"; lag doch das Verhältnis der Einwohner bei rd. 4:1, das der Gebiete aber bei 2,5:1. In keinem anderen Punkt unterscheidet sich die Wiedervereinigungslage Chinas von derjenigen Deutschlands - und übrigens auch Koreas - so stark, wie bei den Größenvergleichen: steht hier doch ein großer Schwacher einem kleinen Starken gegenüber. Das Verhältnis VRCh:Tai-

wan lautet beim Einwohnervergleich schon beinahe 1:60 und beim Territorialvergleich gar 1:265. Angesichts solcher Unterschiede kann Deutschland für China wohl kaum Modell stehen.

Noch ein fünftes Element hat den deutschen Einigungsprozeß erleichtert, nämlich eine über viele Jahre betriebene "Ost- und Kommunikationspolitik". Die seit 1972 eingeleitete "Ostpolitik" hatte dazu geführt, daß die Mauer schon bald an zahlreichen Stellen durchlöchert wurde. Ein zwar mühseliger, letztlich aber doch funktionierender Post- und Bahnbetrieb beispielsweise gehörte schon seit den 70er Jahren zum gesamtdeutschen Alltag, und es gab grundsätzlich auch die Möglichkeit für Westdeutsche, in die DDR zu reisen. Überdies sorgte die ständige Berieselung der DDR-Bevölkerung mit westdeutschem Fernsehen, daß der dortige Durchschnittsbürger jeden Abend für Stunden "emigrierte" und - um hier einmal volksrepublikanische Terminologie anzuwenden - "geistiger Verschmutzung" anheimfiel, so daß er über Vorgänge in der Außenwelt manchmal besser informiert war als der durchschnittliche Bewohner der Bundesrepublik.

Von einer auch nur annähernd vergleichbaren Durchdringung kann im Falle Chinas nicht die Rede sein: Zum einen hat es dort keine der deutschen "Ostpolitik" vergleichbare chinesische "Ost"- oder "West"-Politik (je nach Lage diesseits und jenseits der Taiwanstraße) gegeben; zum anderen können nur die Küstenbewohner der Provinz Fujian Sendungen des (vom Militär betriebenen) taiwanesischen Fernsehkanals "Huashi" empfangen. Weiter im Inland hat erst der seit Ende der 80er Jahre einsetzende dichte Besucherstrom aus Taiwan ein wenig dazu beigetragen, Informationslücken über das "andere China" zu schließen. Allergische Reaktionen der Führung zeigen, daß sogar diese schwache "ideologische Berieselung" in Kreisen der KPCh bereits als besorgniserregend gilt.

Trotz solcher Unterschiede in der deutschen und chinesischen Ausgangssituation hat neuerdings allerdings vor allem die politische Führung Taiwans Elemente im deutschen Wiedervereinigungsprozeß entdeckt, die auch für China langfristig interessant sein könnten: Da ist, erstens, der fortdauernde Wille zur nationalen Einheit, also ein

subjektiver Faktor, der, wenn es der GMD- und der KPCh-Führung nachgeht, auch im chinesischen Kontext wachgehalten oder neubelebt werden müßte. Zweitens hat es im zwischen-deutschen Verhältnis seit Jahrzehnten Grundlagenvereinbarungen (Stichwort: "Ostpolitik") gegeben, wie sie, wenn es neueren taiwanesischen Überlegungen nachginge, auch zwischen den beiden Teilen Chinas begründet werden sollten, wobei allerdings, anders als in Deutschland, das sich ja eine Zeitlang in zwei Staaten aufgespalten hatte, Legitimationsfragen nicht berührt, sondern lediglich die Voraussetzungen für ein gedeihliches Miteinanderauskommen und für die Anwendung internationalen Privatrechts geschaffen werden sollten. Ein Vertrag dieser Art müsse, wie es in Taipei heißt, auf gleichberechtigter Ebene abgeschlossen werden und solle weniger das Was als vielmehr das Wie zwischen beiden Staaten regeln.⁷⁴

Die RCh müsse, ganz im Geiste der deutschen "Ostpolitik", in Zukunft eine verstärkte "Westpolitik" betreiben und sich dabei, ähnlich wie die alte Bundesrepublik, auf ihre Wirtschaftskraft und auf internationale Rückendeckung stützen.

Ferner müsse alles getan werden, um den Landsleuten auf dem Festland einen höheren Informationsstand zu vermitteln. Die Zulassung einer freien Presse wäre hier der ideale Weg.⁷⁵ Man sieht: Die RCh-Führung will sich von der früheren bundesrepublikanischen Fernseh- und Informationspolitik gegenüber der damaligen DDR eine Scheibe abschneiden! Viertens gilt es als ausgemacht, daß Handel, Tourismus und verstärkte Information für sich allein genommen den Annäherungsprozeß nicht weit genug voranbringen. Letztlich komme es hier vielmehr auf den Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen im beiderseitigen Verhältnis an. Nichts dürfe freilich überstürzt werden. Auch für die RCh-Führung sei, wie es heißt,⁷⁶ das Wort Adenauers maßgebend, daß "die Freiheit Vorrang vor der nationalen Einigung" hat.

Nicht zuletzt auch habe die DDR-Pa-rolle "Wir sind das Volk" und "Wir sind ein Volk" die Chinesen mächtig angespornt, verstärkt über ihre eigene Lage und über ihre Zusammengehörigkeit nachzudenken.

2.2.2.

Forderungen nach einer Unabhängigkeit Taiwans

Seit dem "2-2-8-Ereignis" von 1947 war der Ruf nach Unabhängigkeit nie mehr ganz verstummt und von immer neuen Politikern und Gruppierungen erhoben worden - man denke an Liao Wenyi, an Peng Mingmin oder aber an die Protagonisten der Meilidao.

Stets hatte die GMD energisch reagiert und die Rufe nach Unabhängigkeit sogleich wieder zum Verstummen gebracht. Seit dem Ende der 80er Jahre jedoch ließen sich repressive Maßnahmen vor der taiwanesischen und vor der Welt-Öffentlichkeit immer weniger rechtfertigen. Damit aber trat eine neue Lage ein: Bisher hatte es niemand für nötig befunden, Taiwans Bevölkerung zu befragen, wenn es um ihr Schicksal ging. Sie war bloßes Objekt geblieben, als die Insel 1895 an Japan übergeben wurde, sie hatte zu schweigen, als das China Jiang Jieshis die Insel 1945 wieder "heim ins Reich holte", und sie sollte, wenn es nach Beijings Willen geht, auch nichts zu reden haben, wenn sie eines Tages dem Festland erneut als Provinz eingegliedert würde.

Auch die GMD hatte lange Zeit geglaubt, sie könne das Schicksal der Insel über die Köpfe der Bevölkerung hinweg lenken. Zum einen galt die wirtschaftlich so wohlversorgte Bevölkerung Taiwans als unpolitisch, zum andern hatte die Regierungspartei das ganze Gebiet in und um Taiwan so fest im Griff, daß sie es noch in den 70er Jahren wagen konnte, die taiwanesischen Bevölkerung im Gesetzgebungsvorstand mit 3% der Sitze abzuspeisen, obwohl diese nicht weniger als 85% der Einwohnerschaft stellte.

Spätestens Mitte der 80er Jahre freilich begann der Demokratisierungsprozeß die Prämissen für eine Lösung der Taiwan-Frage auf den Kopf zu stellen.

Noch zu Beginn der 80er Jahre schien es beiderseits der Taiwanstraße als ausgemacht, daß erstens auf beiden Seiten nur zwei Verhandlungspartner in Betracht kämen, nämlich hier die KPCh, dort die GMD, und daß zweitens jede Lösung nur unitarisch erfolgen, daß also die ehemalige deutsche Zwei-Staaten-Formel nicht auf die chinesische Situation übertragen werden dürfe.

Doch nun war eine dritte Partei ins Spiel gekommen war, über deren Kopf hinweg keine Verhandlungslösung mehr stattfinden konnte - nämlich die taiwanesischen Wählerschaft. Die Entscheidungsgewalt war hier m.a.W. von der Elite auf die breite Bevölkerung übergegangen, die zumindest Vetomacht ausüben konnte.

Diese Lageänderung war nicht nur für die GMD, sondern auch für die Führung der VRCh beunruhigend. Hinter allem und jedem glaubte Beijing von nun an latente Unabhängigkeitsbekundungen entdecken zu müssen, sei es nun, daß von "Einem Land, zwei Regierungen", von "Doppelanerkennung", von "China mit zwei Sitzen", von "Einer Nation, zwei Staaten" oder von "Einem Land und zwei Herrschaften" die Rede war.⁷⁷

Aus der Sicht Beijings hatten all diese Ansätze eines gemeinsam, nämlich die dreiste Vorstellung, daß es etwas anderes geben könne als ein einheitliches China unter KPCh-Vorherrschaft.

Groteskerweise forderte ein Sprecher in Beijing Anfang 1990 die GMD-Regierung auf, bei allen künftigen Wahlen nur noch solche Kandidaten zuzulassen, die sich dem Ein-China-Prinzip verschrieben hätten und die auf die Wiedervereinigung des Landes und den "gesellschaftlichen Fortschritt" hinarbeiteten.⁷⁸ Hier stieß Beijing m.a.W. in das Horn des konservativen Flügels der GMD; den liberaleren Kräften innerhalb der Partei traute man offensichtlich nicht über den Weg. Schon tauchte der Verdacht auf, daß die Regierung in Taipei zwar nach wie vor von Einheit spreche, in Wirklichkeit aber Zweistaatlichkeit meine. Vor allem der Rückgriff auf die "elastische Diplomatie" schien dieses Mißtrauen zusätzlich zu bestätigen. Beijing erinnerte daran, daß Taibei bereits nach seinem Ausschluß aus der UNO Überlegungen zur "elastischen Diplomatie" angestellt und gleichzeitig erwogen habe, auf seine bisherige Hallstein-Doktrin zu verzichten - de facto also von zwei Chinas auszugehen. Hauptbefürworter dieses Ansatzes sei der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Jiang Jinguo gewesen. Allerdings sei die "elastische Diplomatie" damals wieder in der Schublade verschwunden, nachdem der erste Schock abgeklingen war. Die überraschende Renaissance dieses Begriffs in den späten

80er Jahren zeige jedoch, daß das alte Denken noch keineswegs der Vergangenheit angehöre, sondern in den Köpfen der maßgebenden Politiker insgeheim weiterwirke. Aber man täusche sich nicht: Zwar lasse sich mit der elastischen Diplomatie der eine oder andere Erfolg einheimen, doch auf längere Zeit müsse sie scheitern; denn erstens sei sich die Weltmeinung darüber einig, daß es nur *ein* China gebe, zweitens nutze die elastische Diplomatie nur vorübergehende Schwierigkeiten des Festlands aus, so daß sich die mit der taiwanesischen "Dollaroffensive" erkaufte diplomatischen Beziehungen letztendlich als wertlos erwiesen; drittens aber ließen es sich die über eine Milliarde Chinesen auf dem Festland auf die Dauer nicht gefallen, daß ein paar Vertreter der "Taiwan-Behörden" ihnen auf der Nase herumtanzen und als Erben des Imperialismus weiterhin die Spaltung des Landes betrieben. Die hinter der "elastischen Diplomatie" versteckten Ansätze zur Zweistaatlichkeit kämen eines Tages wie ein Bumerang auf die "Behörden" zurück.⁷⁹

Noch mißtrauischer als auf die GMD blickte Beijing freilich auf die neuen Oppositionsparteien, vor allem auf die MJD, die das "Duli"-Thema zum Gegenstand einer Volksentscheidung erheben möchte.⁸⁰ Die MJD steht mit den weltweit vertretenen Unabhängigkeits-Gruppierungen, vor allem mit den "World United Formosans for Independence", in enger Verbindung⁸¹ und teilt auch deren "Nationen"-Begriff.

Sieht man einmal von Einzelheiten ab, so läßt sich der Begriff "Nation" zweifach interpretieren, nämlich entweder im Sinne der Geschichts- oder der Willensnation. Eine historisch auskristallisierte (Kultur-)Nation ist eine Gemeinschaft von Menschen, die sich ihres im Laufe der Geschichte gewachsenen Eigenwerts bewußt sind und sich als Träger und Subjekt gemeinsamer Wert- und Zielvorstellungen empfinden. Eine *Willensnation* andererseits konstituiert sich dadurch, daß sich ihre Mitglieder - unabhängig von der bisherigen Geschichte und von ihrer kulturellen Zugehörigkeit - als eigenständige Gemeinschaft definieren und diesen Willen in ihrem politischen Verhalten zum Ausdruck bringen.

Unter dem Gesichtspunkt der Kultur-nation ist Taiwan ganz gewiß ein Teil Großchinas, als Willensnation dagegen

empfindet sich seine Bevölkerung als selbständige Einheit, der bisher freilich, allen völkerrechtlichen Gepflogenheiten, noch nie Gelegenheit geboten wurde, ihren Unabhängigkeitswillen in einer Wahl oder in einer wie immer gearteten plebiszitären Form zu bekunden.

Solange "Demokratisierung" auf Taiwan nur in Worten vorhanden war, konnte von einer "Willensnation" schwerlich die Rede sein. Mit dem seit Mitte der 80er Jahre auf Taiwan überall einsetzenden Partizipationsprozeß jedoch begann die Willensnation der Kulturnation den Rang abzulaufen.

Damit aber liegt, wenn der heutzutage weltweit anerkannte Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wörtlich genommen wird, die Entscheidung über Taiwan nicht mehr bei der Führung in Beijing und auch nicht mehr bei der Festlandsbevölkerung oder der immer schmäler werdenden festländischen Elite, sondern einzig und allein bei der Bevölkerungsmehrheit Taiwans, das ja immerhin schon seit 1895 mit dem Festland kaum noch etwas gemeinsam hatte - zumindest ist dies die Meinung der MJD.⁸²

In diesem Zusammenhang wird auf Parallelen zu Tibet hingewiesen: Zwar sei dort der Demokratisierungsprozeß bei weitem nicht so fortgeschritten wie in Taiwan, doch Sorge andererseits das vor dem Hintergrund der chinesischen Besatzungsherrschaft jedem Tibeter zur zweiten Natur gewordene Wir-Gefühl dafür, daß geschichtliche Zugehörigkeitsargumente, wie sie von Beijing geltend gemacht werden, für das tibetische Volk nicht verbindlich seien. Dies wisse Beijing und es habe deshalb seine Ansprüche bisher stets mit Machtmitteln, d.h. mit Polizei und Militär verteidigen müssen. Nie sei dem tibetischen Volk bisher Gelegenheit zur eigenen Willensbekundung gegeben worden.

In Taiwan ist mittlerweile viel abgestimmt worden - bis auf die "Frage Nr.1", wie es denn die Bevölkerung mit der Unabhängigkeit oder aber der "Rückkehr" meine. Keine maßgebende Stelle würde es hier für ratsam halten, eine solche Abstimmung anzuberaumen, da das Ergebnis, wie die MJD zu wissen meint, ohnehin von vornherein feststeht, und da ein solches Plebiszit dazu angetan wäre, die Regierung der

VR China aufs äußerste zu reizen. Beijing andererseits, das die "Zugehörigkeit" Hongkongs und Macaus bereits ohne Volksbefragung hat durchdrücken können, hofft, daß auch bei Taiwan die Zeit für sie arbeitet.

Je kräftiger sich dort freilich die Demokratisierung zu Wort meldet, um so mehr könnte sich ein solcher Glaube als Illusion erweisen, es sei denn, daß die VR China im Laufe der Zeit so weit von ihren sozialistischen Positionen abrückt, daß es zur Konvergenz zwischen den Gesellschaftsordnungen des Festlands und Taiwans kommt. Auch dann freilich könnte die Wiedereingliederung Taiwans in den Gesamtstaat nur mit Zustimmung der taiwanesischen Bevölkerung erfolgen!

Die Wiedervereinigung, die lange Zeit nur ein Verhandlungsgegenstand der beiderseitigen Elite zu sein schien, hängt inzwischen vom Willen der Wähler auf Taiwan ab. Deren Informationsstand und Meinungsbild, sei es nun skeptisch oder optimistisch, rückt damit in den Mittelpunkt.

Zentral für diesen Formationsprozeß sind Ende der 80er Jahre vor allem die Besuche zahlloser Bewohner Taiwans auf dem Festland geworden. Allein 1989 kamen rd. 500.000 "Taiwanesen" mit Verwandten oder schlicht mit der Wirklichkeit der VR China in Berührung und konnten dort nicht nur persönliche Eindrücke sammeln und Vergleiche zu Taiwan anstellen, sondern überdies als Übermittler eines andersartigen Lebensbildes dienen. Festlandsbesucher, die sich mit Gepäck voller Unterhaltungselektronik und Geld bis in die fernsten Provinzen Chinas aufmachten, galten in Taibeis schon bald als "unsere besten Propagandisten".

Je mehr sich die Besucher freilich mit der Wirklichkeit ihrer Landsleute in der VRCh vertraut machten, um so weniger verspürten sie Neigung, deren Schicksal und Lebensstandard zu teilen. Im Sinne der Wiedervereinigung wirkten solche Besuche also meist kontraproduktiv. Damit aber tauchte in aller Behutsamkeit eine dritte Option auf.

2.2.3.

"Offenlassen" und auf Zeitgewinn setzen

Trotz aller Lippenbekenntnisse zur staatlichen Einheit folgt die Praxis auf beiden Seiten der Taiwanstraße der

früheren deutschen Formel "Zwei Staaten, eine Nation".

Taibeis subtiles Abrücken von einem klaren Wiedervereinigungsbekanntnis kam vor allem in der von Ministerpräsident Hao Bocun im September 1990 verkündeten Formel zum Ausdruck, derzufolge von "Einem Staat und zwei Regionen" (yiguo liang qu)⁸³ auszugehen sei. Dieser Ausdruck war wesentlich neutraler gehalten als die frühere Parole "Ein Staat, zwei Regierungen" und betonte überdies stärker die Eigenarten der beiden "Regionen", in denen sich nun einmal im Verlaufe von vier Jahrzehnten grundverschiedene Entwicklungen ergeben hätten. Jede "Region" solle ihre Angelegenheiten in eigener Regie regeln - nach dem Schema: "Ihr erledigt eure Fragen in eurem Gebiet auf eure Weise und auch wir spielen die Partie nach unseren eigenen Regeln: innenpolitisch nach unserem bewährten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, außenpolitisch nach Gesichtspunkten der 'flexiblen Diplomatie'."⁸⁴

Auch sonst hat eine "Entschärfung" der Formeln stattgefunden, die einerseits eine Entideologisierung, gleichzeitig aber auch ein "Offenlassen" der China-Frage bewirken sollte. Die alte "70:30-Formel" aus den 60er Jahren gehört ebenso lange der Vergangenheit an wie die Losung "Fangong dalu" ("Gegen die Kommunisten und für die Rückeroberung des Festlands kämpfen"). Auch die spätere Parole "Guangfu dalu" ("Glanzvolle Rückkehr aufs Festland") hatte immer noch - wenn auch bereits gemäßigte - militärische Assoziationen aufkommen lassen. Sie wurde spätestens 1989 durch die neue Formel "Sanminzhuyi tongyi Zhongguo" ("Die drei Grundlehren vom Volk führen zur Wiedervereinigung Chinas") ersetzt, der 1990 ohne viel Aufhebens die noch "ideologiefreiere" Formel "Ziyou minzhu tongyi Zhongguo" ("Freiheit und Demokratie führen zur Wiedervereinigung Chinas") folgte. Hatte die "Sanminzhuyi"-Formulierung noch Überlegenheit gegenüber den Festlandskommunisten zum Ausdruck bringen sollen, so wurden aus der altherneuesten Version die letzten ideologischen Spuren getilgt.⁸⁵ Da es allerdings noch geraume Zeit dauern wird, ehe auch auf dem Festland "Freiheit und Demokratie" einkehren, wurde die Wiedervereinigungsfrage unter derhand auf ein ferneres Datum verschoben.

Die GMD hat mit ihrer Wiedervereinigungspolitik eine Wanderung auf schmalem Grat begonnen, da sie bei einem forschen Entweder-Oder innenpolitisch schnell in die Zwickmühle geriet: Erklärte sie sich unzweideutig für die Ein-Staaten-Lösung, so lieferte sie damit der Opposition willkommene Wahlkampfmunition. Legte sie sich andererseits für die Unabhängigkeit Taiwans ins Zeug, so setzte sie sich nicht nur zu ihren früheren Grundsätzen in Widerspruch, sondern löste möglicherweise auch gefährliche Reaktionen Beijings aus. Niemand in Taibei kann ja vergessen, daß Deng Xiaoping die Wiedervereinigung zu einer der "Drei großen Aufgaben" Beijings erklärt⁸⁶ und außerdem damit gedroht hat, die VR China könne sich in vier Fällen gezwungen sehen, militärische Maßnahmen gegen Taiwan zu ergreifen, falls nämlich die Insel nukleare Waffen anschaffte, falls sie von Aufständischen bedroht und damit für ausländische Interventionen anfällig würde, falls sie sich ferner offen für unabhängig erklärte oder falls sie die Geduld Beijings in der Wiedervereinigungsfrage unerträglich lang auf die Probe stellte.

Zwischen Skylla und Charybdis beginnt sich das offizielle Taibei immer mehr für einen dritten Weg zu entscheiden.⁸⁷ Das Drängen der MJD auf ein Plebiszit könnte diesem Kurs allerdings schon mittelfristig einen Strich durch die Rechnung machen.

Langfristig freilich verläuft der "chinesische Andreasgraben" ohnehin zwischen der Ein-Staaten- und der Unabhängigkeitsrichtung. Dort werden sich die politischen Erdbeben ereignen, und niemand kann voraussehen, wann und in welcher Formation - oder Verwerfung - eine Beruhigung eintritt.

Setzt sich der "Geist des 20. Jhdts.", d.h. der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, durch, so obliegt der Mehrheitswille der Taiwan-Bewohner - sprich: die Unabhängigkeit. Verwirklicht sich dagegen das 19. Jhd. - der imperiale Zugriff und die Kulturnationen-Theorie -, so würde Taiwan, genauso wie Hongkong und Macau, sich eines Tages in der Rolle einer "Sonderwirtschaftszone" volksrepublikanischen Zuschnitts wiederfinden.

Vielleicht aber vollzieht sich das Wunder einer friedlichen - und von der Mehrheit Taiwans mitgetragenen - Wiedervereinigung. Ein solches Mirakel wäre allerdings nur im Zeichen einer "Taiwanisierung des Festlands", d.h. eines weitgehenden Verzichts der KPCh auf die Durchsetzung des marxistisch-maoistischen Systems möglich, die, so hofft man in Taiwan, eines Tages ähnlich kleinlaut und rasch erfolgen könnte wie die ideologische Abmusterung des Marxismus 1989 in Osteuropa. Am Ende hätte dann die alte Blaupausentheorie (Taiwan als "Musterprovinz" Chinas) gesiegt - und mit ihr sowohl ein Stück Sun Yixian als auch Konfuzius.

3. Taiwans künftige Stellung im internationalen System

3.1.

Außenwirtschafts- statt Außenpolitik
Die Hoffnungen vieler Festlandschinesen, unter ihnen Deng Xiaopings, daß die Wiedervereinigung noch zu ihren Lebzeiten stattfinden könne, werden durch die neueren Entwicklungen, vor allem durch das "Offenlassen" der Taiwan-Frage, auf die lange Bank geschoben.

Solange aber die Vereinigungsfrage in der Schwebe ist, bleibt Taiwan im außenpolitischen Abseits und muß folglich Außenpolitik durch Außenwirtschaft ersetzen, also einen Kurs weitersteuern, mit dem es seit 1971/79 zufriedenstellend gefahren ist.

Kopfzerbrechen bereitet den Entscheidungsträgern in Taibei allerdings das Szenarium eines potentiellen militärischen Angriffs der VR China. Wenn alles mit rechten Dingen, d.h. nach rationalen Kriterien zugeht, bleibt es in der Taiwanstraße auch in den nächsten Jahren friedlich. Nach dem so überraschenden und auch in Taiwan nicht vorausgesehenen Tiananmen-Sündenfall ist die Politik Beijings freilich erneut ins Zwielficht geraten.

Angesichts seiner politischen Isolierung ist sich Taiwan bewußt, daß seine Verteidigung im Ernstfall auf eigenen Beinen stehen müßte. Zu einer weltweiten Hilfsaktion wie sie beispielsweise 1990 zugunsten Kuwaits im Anschluß an den irakischen Überfall einsetzte, dürfte es im Falle Taiwans

kaum eine Parallele geben, und zwar deshalb nicht, weil sich (1) hierzu keine Einigung im UNO-Sicherheitsrat erzielen ließe (u.a. ist ja die VR China eines der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats!), weil die Taiwan-Frage (2) international als weitgehend innerchinesische Angelegenheit gilt, und weil es (3) im Falle Taiwans, anders als in Nahost, nicht um die Verteidigung strategischer Reserven - sprich: Erdöl - ginge.

Andererseits glaubt man in Taibei zu wissen, daß jede Verschärfung in der Taiwan-Frage augenblicklich Rückwirkungen auf die innere Lage in Hongkong hätte und dort eine weitere Flucht von Kapital und Spezialistentum auslöste.⁸⁸

Vom Extremfall einer militärischen Konfrontation abgesehen kann Taiwan mit seinem Status quo durchaus leben.

An der Stelle von Außenpolitik wird es, wie gesagt, auch künftig hauptsächlich Außenwirtschaft geben, die freilich, wenn es den Wünschen der Regierung nach geht, in den nächsten Jahren eine dreifache Metamorphose durchmachen soll:

Erstens bemüht sich Taiwan verstärkt um den Ausbau seiner Beziehungen zu Europa. Dieser Kontinent, unter dem Taiwan die Dreiergemeinschaft "EG + EFTA + Osteuropa" versteht, soll bereits 1995 an der Spitze der taiwanesischen Außenhandelspartner stehen, während andererseits der "japanische Anteil" bei rd. 20% eingefroren und der US-Handel in dem Maße zurückgefahren werden soll, wie die Wirtschaftsbeziehungen mit Europa zunehmen. Das Wachstum des Handels mit Europa läßt sich aus Tab.4 entnehmen.

Durch diesen Umbau der Außenwirtschaftsbeziehungen soll die bisherige Abhängigkeit Taiwans von den USA und Japan verringert und gleichzeitig eine dem Welthandel günstigere Dreieckskonstellation hergestellt werden.⁸⁹

Zweitens soll sich das Schwergewicht der taiwanesischen Außenwirtschaft in Zukunft hauptsächlich auf technologieintensive Zusammenarbeit konzentrieren. Taiwan habe, wie immer wieder betont wird, bei einer solchen Kooperation eine ganze Menge einzubringen. Vor allem stehe seine Informationsindustrie hinter den USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und

Tabelle 4: Der Außenhandel Taiwan/Europa zwischen 1975 und 1990 (Jan./Aug., in Mio.US\$)

Jahr	Exporte	Importe	Gesamt	Zuwachsrate	Prozent. Anteil
1975	798	755	1,553	-15.8%	13.8%
1976	1,092	835	1,927	24.1%	12.2%
1977	1,255	829	2,084	8.2%	11.7%
1978	1,633	1,268	2,901	39.2%	12.2%
1979	2,307	1,701	4,008	38.2%	13.0%
1980	3,121	1,861	4,982	24.3%	12.6%
1981	2,866	1,983	4,849	-2.7%	11.1%
1982	2,590	2,116	4,706	-3.0%	11.5%
1983	2,761	2,270	5,031	6.9%	11.1%
1984	3,064	2,380	5,444	8.2%	10.4%
1985	2,996	2,454	5,450	0.1%	10.7%
1986	4,767	3,236	8,003	46.9%	12.5%
1987	7,887	5,276	13,163	64.5%	14.9%
1988	9,877	7,996	17,873	35.8%	16.2%
1989	10,939	8,380	19,319	8.1%	16.3%
1990 (1-8)	7,968	6,718	14,686	13.3%	18.3%

Frankreich bereits heute (1990) an sechster Stelle. Taiwan erhofft sich von den Europäern Investitionen in technologieintensiven Bereichen. Die USA blieben längerfristig voraussichtlich nur noch in vierfacher Hinsicht wettbewerbsfähig, nämlich bei Elektronik, Rüstung, Raumfahrt und Autoindustrie.

Besonders vorbildlich als Investor hat sich aus der Sicht Taibeis über Jahrzehnte hin die holländische Firma Philips verhalten, die von Anfang an größter ausländischer Anleger auf der Insel war. Philips könne für viele andere europäische Firmen Modell stehen. Taiwan verfüge über genügend Kapital - was es jetzt brauche, sei vor allem Technologie.

Japan andererseits sei heutzutage in Taiwan auf vielen Gebieten so übermächtig, daß gar kein anderer Ausweg als die "Entjapanisierung" bleibe.⁹⁰

Zahlreiche europäische Firmen und Vertretungen haben die neue Chance erkannt und ihre Strategie auf die taiwanesischen Mentalität sowie auf die neue Wirtschaftspolitik der Insel eingestellt. Einer der neuen Grundsätze lautet beispielsweise "Heran an die Ingenieure!" Die Zusammenarbeit einer europäischen Firma mit ihrem taiwanesischen Partner müsse, wie Jürgen Franzen⁹¹ betont, bereits im Planungsstadium einsetzen. Wer erst einsteigt, wenn Projekte bereits ausgeschrieben sind, komme zu spät. Im neuen Umfeld sei nicht mehr so sehr der klassische Handel als das "Engineering Consulting" gefragt. Moderne Maschinen bestünden z.T. nur noch zu 50% aus echter "Hardware", während die Software 30% des Wertanteils und das Consulting 20% ausmachten. Die Zusammenarbeit mit Taiwan könnte angesichts dieser neuartigen Situation darin bestehen, daß taiwanesischen Ingenieure, die zu Beginn der 90er Jahre nur etwa ein Drittel so teuer sind wie

ihre deutschen Berufskollegen, in die Softwareaufbereitung für konkrete Maschinenprojekte einbezogen werden.

Im Zuge einer solchen Zusammenarbeit würden jene Beziehungsnetze (guanxi) geknüpft, die die Basis für eine langfristige Kooperation liefern.

Drittens will Taiwan in Zukunft seine bisherigen Außenhandelsüberschüsse soweit wie möglich abbauen: Es sei ein noch aus dem merkantilistischen Denken des 18.Jhdts. stammendes Vorstellungsrelikt, daß der Reichtum einer Nation ausschließlich durch Exporte begründet werde. Importe seien nicht weniger bedeutsam, müßten allerdings in einem ausgeglichenen Verhältnis zu den Ausfuhren stehen.

Diese Einsicht hat übrigens bereits Ende der 80er Jahre dazu geführt, daß Taiwan immer wieder Einkaufsdelegationen in die USA entsandte, um seine dortigen Milliardenüberschüsse wenig-

stens teilweise abzubauen und sie in Form hochwertiger Technologie zurückfließen zu lassen.

Taiwans Wirtschaft weiß sich in dreifacher Weise abhängig - von Rohstoffen, technologieintensiven Investitionen und Absatzmärkten. Nur durch Kooperation liebten sich, wie es heißt, Gefahren beherrschbar machen, die nun einmal in jedes realistische Szenarium einbezogen werden müssen. Taiwan möchte, wie immer wieder betont wird, keineswegs den Spuren Japans folgen und eine "Beggar your neighbor"-Politik betreiben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde auch habe es 1990 weitere Deregulierungsschritte beschlossen und die Zölle für 1.965 Warenposten um 7,95% herabgesetzt.⁹²

In seinen Außenwirtschaftsbeziehungen will sich Taiwan künftig, wie erwähnt, auf Europa konzentrieren und hier wiederum dem wiedervereinigten Deutschland eine Schlüsselrolle überlassen. Taipei sieht in der neuen Bundesrepublik die Hauptdreh Scheibe für den Osteuropahandel. Entsprechend sollen die Investitionen der taiwanesischen Wirtschaft auf deutschem Gebiet in den nächsten Jahren beträchtlich erhöht werden.⁹³ In Taipei ist allerdings noch umstritten, ob die Schwerpunkte mehr im Westen (Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf) oder aber im Osten (Berlin!) liegen sollen.

3.2.

Die künftige Rolle Taiwans im Weltgeschehen

In den vergangenen Jahrzehnten war der RCh auf Taiwan eine hauptsächlich vierfache Rolle zugefallen: sie hatte eine politische Alternative zur Volksrepublik hervorgebracht, hatte die wirtschaftlich und politisch so willigen Auslandschinesen Südostasiens an sich gebunden, hatte mit ihren Forschungen über den festländischen Kommunismus das Wesen der VR China mit ergründen helfen und hatte im Zeichen des weltweiten Ost-West-Konflikts nicht zuletzt auch die Aufgabe, als vorgeschobener "unversenkbarer Flugzeugträger" und "Gibraltar des Ostens" der "freien Welt" einen Teil jenes strategischen Abwehrgürtels zu bilden, der von den Aleuten über Okinawa und die Philippinen bis hinunter nach Australien und Neuseeland reichte. Spätestens seit dem amerikanisch-chinesischen Ausgleich in den 70er Jahren ist es mit dieser Barrierenaufgabe allerdings vorbei.

Im Zeichen einer gewandelten Weltlage könnte Taiwan künftig drei wichtige Funktionen ausüben:

3.2.1.

Modellfunktion

Gemeint ist hier nicht etwa eine Wegweiserrolle für die Dritte Welt: allzu ausgeprägt sind die taiwanesischen Besonderheiten (50 Jahre japanische Vorleistungen, "Import" einer ganzen Verwaltungselite, Milliarden amerikanischer Entwicklungshilfe, vor allem aber der wirtschaftliche Treibsatz des metakonfuzianischen Wertesystems), als daß sie einfach verallgemeinert werden dürften.

Ganz gewiß aber könnte sich das "Modell Taiwan" langfristig zum Leitfaden einer neuen Entwicklung in der VR China entwickeln; hat es doch bewiesen, daß sich in einer chinesischen Gesellschaft Marktwirtschaft und Demokratie entfalten können, ohne daß dafür Grundwerte des Metakonfuzianismus geopfert werden müßten. Mehr noch: Das "Taiwan-Wunder" wurde geradezu durch Operationalisierung jener Werte zustande gebracht, die allen Chinesen teuer sind, sei es nun durch Korporativität und Fleiß, sei es durch Leistungsmotivation und Sparsamkeit. Ganz im Gegensatz dazu ist der maoistische Weg, der bei der Zerstörung der Tradition seinen Anfang nehmen und über die Trümmer der alten Gesellschaft hinwegführen sollte, am Ende gescheitert.

Obwohl Taiwan quantitativ, d.h. der Bevölkerung und dem Territorium nach, mit dem Festland nicht im geringsten mithalten kann, hat es sich doch qualitativ zur Spielform einer erfolgreichen chinesischen Gesellschaft - und damit zu einer politischen Alternative entwickeln können, mit der die VR China sich in ihrem eigenen Interesse auseinandersetzen muß.

Wenn es den Vorstellungen der Führung in Taipei nachgeht, soll das Modell in vielfacher Weise auf das Festland transponiert werden: Da seien einmal die mehr als 100.000 Festlandstudenten, die im Ausland studieren und die sich mehr denn je von den Erfolgen auf Taiwan angezogen fühlten, da seien ferner die 20 Millionen Inselbewohner auf Taiwan und nicht zuletzt die 30 Millionen Überseechinesen in aller Welt, die in vielfältigster Weise - vor allem aber durch ihre persönlichen

Kontakte und Besuche - auf das Festlandsklima einwirkten.⁹⁴ Allein zwischen November 1987 und Juli 1990 hätten mehr als eine Million Taiwanbewohner das Festland besucht. Gehe man davon aus, daß jeder Besucher pro Woche mit rd. 100 Festlandschinesen in Kontakt trete, so komme es dadurch zu einer 100millionenfachen Ansprache, die ganz gewiß nicht ohne Wirkung bleiben könne. Allein die Tatsache, daß sich in den vergangenen fünf Jahren 170.000 festländische Frauen um eheliche Kontakte mit Besuchern aus Taiwan bemüht hätten, lasse ein riesiges Fluchtpotential und die Sehnsucht nach anderen Lebensformen erahnen.

Unter diesen Umständen erscheint die "Dalude taiwanhua" ("Taiwanisierung des Festlands") nicht mehr nur als bloße Illusion.

3.2.2.

Drehscheibenfunktion: Taiwan als Vorhut der "Blauen Kultur" Chinas

Richtet man den Blick vom bloß bilateralen Verhältnis zwischen Taipei und Beijing auf die Region Asien, so taucht ein neuer Aspekt der Mehrdimensionalität Taiwans auf: die Insel könnte nämlich langfristig zum Zentrum einer südostchinesischen Drehscheibe werden, von der wirtschaftlich integrative Impulse auf Hongkong, die festländischen Provinzen Guangdong, Shanghai, Fujian und Jiangsu sowie auf die Auslandschinesen Südostasiens ausgehen.

Taiwan könnte sich m.a.W. zum Mittelpunkt eines Chinesentums entwickeln, wie es in dem 1988 in der VR China ausgestrahlten sechsteiligen Fernsehfilm "Heshang" als Träger einer "Blauen Kultur" zum Begriff geworden ist.

Der Film stellte den Gegensatz zwischen der "Gelben" und der "Blauen" Kultur in den Mittelpunkt und behandelte die eine als stagnierende "Mauer"-, die andere als fortschrittliche "Küsten-Kultur". Die Gelbe Kultur sei in den Lößebenen Nordchinas angesiedelt und habe sich seit jeher nach außen abgekapselt, während Südchina eine "Blaue", d.h. seeorientierte und weltoffene Kultur verkörpere. Die "Gelbe Kultur" sei seit Jahrhunderten abgestorben (dies war auch die Bedeutung des Titels "Heshang", was soviel bedeutet wie "vorzeitiges Ersterben des

Gelben Flusses", also des Herzstroms der nordchinesischen Lebenssphäre), bringe es aber gleichwohl immer noch fertig, mit ihrer Knochenhand den Süden abzuwürgen. Wenn China je aus seinem Mauer-Dasein ausbrechen und zu einem wirklich weltoffenen und "Blauen" Gemeinwesen werden wolle, so müsse es sein "Gelbes" Erbe über Bord werfen.

Der Film wurde zum ersten wirklichen Medienereignis der Volksrepublik China und geriet von Anfang an unter den Beschuß konservativer Kräfte. Allein diese Reaktion schon ließ erkennen, daß mit der Unterscheidung zwischen zwei chinesischen Kulturen ein offensichtlich plausibler Gedanke angesprochen war, der bei den einen Allergien, bei den anderen aber zustimmendes Kopfnicken auslöste.

Geographisch umfaßt der Bereich der "Blauen Kultur" die oben erwähnten In- und Auslandsregionen. Wer anders könnte die "Blauen Provinzen" eher zusammenführen als das wirtschaftlich so erfolgreiche, weltoffene und von konservativen Bürokratien am wenigsten gezügelte Taiwan? Wie diese Führungsrolle eines Tages aussehen könnte, ist eine andere Frage. Soviel freilich steht fest, daß sie weniger politischer als außenwirtschaftlicher Natur sein dürfte.

Europäische Unternehmer wären gut beraten, Entwicklungen dieser Art im Auge zu behalten und sich im übrigen rechtzeitig einen Platz auf der künftigen Drehscheibe auszusuchen.

3.2.3.

Bestandteil eines neuen Weltwirtschaftszentrums

Global gesehen könnte Taiwan ferner zum Bestandteil eines jener beiden künftigen Weltwirtschaftszentren werden, die sich um das Jahr 2000 herum herauskristallisiert haben und deren Kerne in Europa sowie in Ostasien liegen dürften.

Schon heute ist die Insel ein Aktivposten bei der Neustrukturierung der Weltwirtschaft, deren innovative Merkmale globale Interdependenz, Multipolarität und die Entstehung neuer Wachstumszentren (eines davon im asiatisch-pazifischen Raum) sind. Volkswirtschaft ist im Begriff, zur

Weltwirtschaft zu werden. Gleichzeitig hat sich anstelle der lange Zeit nahezu monopolhaften Außenwirtschaftsposition der USA ein Dreieck (USA, Europa, Japan) herausgebildet, das sich seit den 80er Jahren um einen weiteren Pol erweitert, nämlich die NIEs (Newly Industrializing Economies), die von der OECD in der Zwischenzeit auch als DAEs (Dynamic Asian Economies) bezeichnet werden und die fast ausnahmslos im ostasiatischen Bereich gediehen sind. Auf dem Vormarsch befinden sich hier vor allem die "Vier kleinen Tiger" (Südkorea, Hongkong, Singapur und Taiwan), die, wenn man ihre Leistung addiert, bereits 1988 mit einem Anteil von insgesamt knapp 8% an allen weltweit getätigten Ausfuhren den vierten Platz hinter Deutschland, USA und Japan belegten. Bei den Importen konnten sie hinter den USA und Japan sogar den dritten Platz belegen. Darüber hinaus entwickelten sie sich zu neuen Handels- und Finanzzentren.⁹⁵

Mit solchen Erfolgen könnten sie dazu beitragen, daß Ostasien neben Europa um die Jahrtausendwende zu einem der beiden künftigen Weltwirtschaftszentren wird.

Anmerkungen:

- 1) Databook, a.a.O., S.29; ferner FCJ, 20.2.89, S.3.
- 2) Zhonghua minguo xingzheng gaikuang ("Überblick über die Verwaltung der RCh", 1986), Taipei 1987, hg. vom Exekutivvuan, S.231-236.
- 3) ZYRB, 20.9.81.
- 4) Zit. bei Sai, ebenda, S.311.
- 5) C.a., November 1989, Ü 49 m.N.
- 6) Zur "Growth with Equity"-Entwicklung s. im einzelnen John C.H.Fei, Gustav Ranis und Shirley W.Y.Kuo, "Growth with Equity: The Taiwan Case", New York 1979; ferner Ramon H.Myers, "The Economic Development of the Republic of China on Taiwan 1965/1981" in: "Models of Development", hg. von Lawrence J.Lau, San Francisco 1986, S.13-64; Shirley W.Y.Kuo, "The Taiwan Economy in Transition", Boulder Col. 1983.
- 7) Simon Kuznetz, "Economic Growth and Income Inequality" in: American Economic Review 45 (1955), S.1-28.
- 8) Dazu C.a., September 1990, Ü 32.
- 9) C.a., August 1990, S.641-646 und Gespräch des Autors mit dem Stellvertretenden Generalsekretär der MJD, Chen Hanjing, am 2.11.1990 in Taipei.
- 10) Zur Rolle des Staates: Chien-kuo Pang, "The State and Socioeconomic Development in Taiwan since 1949" in: i.s., May 1990, S.11-36; ferner Peter B.Evans, Dietrich Rueschemeyer, Theda Skocpol, eds., "Bringing the State Back in", New York

1985; Eberhard Sandschneider, "Developmental Strategies in Comparative Perspectives: Taiwan and Mainland China", i.s., August 1990, S.81-95, 83; Thomas B.Gold, "State and Society in the Taiwan Miracle", New York, London 1986.

- 11) Hung-mao Tien, "The Transformation of an Authoritarian Party-state: Taiwan's Developmental Experience", in: i.s., July 1989, S.105-133.
- 12) So der Stellvertretende Generalsekretär der MJD, Chen Hanjing, in einem Gespräch mit dem Autor am 2.11.1990 in Taipei.
- 13) Chen, ebenda.
- 14) Chen, ebenda.
- 15) Dazu C.a., September 1990, Ü 31, 32 und 33.
- 16) So z.B. Wolfgang Hillebrand, "Entwicklung und Zusammenarbeit", 1990, Heft 1, S.14 f.
- 17) Ebenda, S.14.
- 18) Fakten und Daten a.a.O., S.52.
- 19) Guoqing jianjie, a.a.O., S.17-19.
- 20) FEER, 1.5.71, S.57 f.
- 21) Guoqing jianjie, a.a.O., S.18.
- 22) Günther Schubert, a.a.O., S.34 f.
- 23) Hung-mao Tien, a.a.O., S.116.
- 24) Myron Weiner, "Empirical Democratic Theory and the Transition from Authoritarianism to Democracy", in: American Political Science Association Newsletter 20, Nr.4 (Fall 1987), S.861-66.
- 25) Dazu im einzelnen Oskar Weggel, "Die Asiaten", München 1989, S.207 f. und 88 ff.
- 26) FCJ, 9.8.90, S.3.
- 27) Zum Verhältnis Bauern:Nichtbauern vgl. ZYRB, 20.9.81.
- 28) Databook 1989, a.a.O., S.172.
- 29) Zum pluralistischen Ansatz s. David B.Truman, "The Government Process", New York 1951; David Easton, "An Approach to the Analysis of Political Systems", in: World Politics 9 (1957), S.383-400; Gabriel Almond, "A Developmental Approach to Political System", ebenda, 16 (1965), S.183-214. Die Forschung konzentriert sich bei diesem Ansatz auf die "Inputs" der Gesellschaft in das staatliche System und auf die "Outputs" des Staats gegenüber der Gesellschaft.
- 30) Von der klassischen marxistischen Theorie der rein instrumentalen Funktion des Staates als Werkzeug einer Klasse gibt es zahlreiche Varianten: am schärfsten die "Stamokap"-Theorie (Abkürzung für staatsmonopolistischer Kapitalismus), die, wie es heißt, den "Spätkapitalismus" charakterisiere. In dieser letzten Stufe des "Monopolkapitalismus" fungiere der Staat nicht nur als Instrument der "monopolkapitalistischen" Klasse, sondern betätige sich selbst als Inhaber monopolistischer Wirtschaftsunternehmen und sei so eng mit den privaten Monopolen (Großbanken, Versicherungen, Unternehmen der Großindustrie) verbunden, daß er - neben den Privatmonopolen - zum Hauptfeind der unterdrückten Massen werde.
- 31) Näheres dazu Oskar Weggel, "Gesetzgebung und Recht im nachmaoistischen China. Das Öffentliche Recht", Teil VI (C.a., März 1987, S.207 ff. und Januar 1990, S.38 ff.).
- 32) Dazu Rüdiger Machetzki, "Sozialistische und planwirtschaftliche Systeme Asiens im Umbruch", Berlin 1989, S.74.

- 33) Databook 1989, a.a.O., S.47.
 34) FCJ, 17.9.90, S.2.
 35) ZYRB, 30.5.86; Nieh, C.a., Mai 1986, Ü 53.
 36) Genauer: 28:72%.
 37) Zur beruflichen Ausbildung auf Taiwan vgl. auch Frank J.Young, "Problems of Manpower Development in Taiwan", Asian Survey 1976, S.721-723.
 38) Besprechung des Autors am 2.11.1990 im Taibeier Erziehungsministerium mit dem Referenten für Berufsschulwesen, Lin Zongming.
 39) FCJ, 5.7.90, S.3.
 40) Oskar Weggel, "Die Asiaten", a.a.O., S.135 ff., 165.
 41) Ebenda, S.166 ff.
 42) So Huang Yuejin von der Taibeier Zhengzhi-Hochschule in einem Vortrag am 28.7.1989 in Hamburg.
 43) Einzelheiten dazu bei Oskar Weggel, "China. Zwischen Marx und Konfuzius", 3.Auflage, 1988, S.307 f.
 44) Zum Verschichtungsbegriff vgl. Oskar Weggel, "Die Asiaten", a.a.O., S.331 ff.
 45) So Wolfgang Franke, "Das Jahrhundert der chinesischen Revolution", München 1958, S.185.
 46) So der Stellvertretende Generalsekretär der MJD, Chen Hanjing, im Gespräch mit dem Autor, Taibei, 2.November 1990.
 47) Gottfried Karl Kindermann, "Pekings chinesische Gegenspieler. Theorie und Praxis nationalchinesischen Widerstands auf Taiwan", Düsseldorf 1977, S.27.
 48) Ebenda.
 49) Ebenda, S.22-24.
 50) Unter dem Titel "Der richtige Weg für China. Die Drei Prinzipien des Volkes", Taibei 1981.
 51) Ebenda, S.60 ff.
 52) Ebenda, S.88 ff.
 53) Ebenda, S.65 ff.
 54) So die Ausführungen von Chen Chi-sen in: Free China Review, May 1988, S.28-30.
 55) So Christian Hacke, FAZ, 12.10.89.
 56) Martin Kriele, "Die demokratische Weltrevolution", 1987, S.14; der Autor wurde auf diesen Gedankengang von seinem Kollegen Rüdiger Machetzki hingewiesen.
 57) Dazu im einzelnen FCJ, 11.10.90, S.1, 5.
 58) FCJ, 6.9.90, S.2.
 59) Dazu der Berater der Regierung in strategischen Fragen, Hu Zhiqiang, in einer Besprechung mit dem Autor am 1.11.1990 in Taibei.
 60) Zum militärischen Gleichgewicht zwischen den Streitkräften auf beiden Seiten der Taiwanstraße vgl. u.a. James Gregor und Maria Hsia Chang, "The Military Defence of the Republic of China", i.s., Juli 1980, S.51-64; William M.Carpenter and Stephen P.Gibert, "The Republic of China: A Strategic Appraisal for the Decade Ahead", i.s., December 1981, S.12-32; Wang Chi-wu, "Military Preparedness and Security Needs: Perceptions from the Republic of China on Taiwan", A.S., 1981, S.651-663; "Air Superiority over the Taiwan Straits", i.s., February 1982, S.6-8; "Military Balance between Taiwan and the PRC" in: SWB, 22.1.83.
 61) Der Vorschlag von Verhandlungen zwischen KPCh und GMD bestand bereits Anfang der 80er Jahre, BRu 1983, Nr.52, S.4; vgl. Generalsekretär Jiang Zemin zu Verhandlungen zwischen beiden Parteien: XNA, 12.6.90.
 62) Ma Yingjiu, der Stellvertretende Vorsitzende der "Kommission für Festlandsangelegenheiten" im Gespräch mit dem Autor am 6.November in Taibei.
 63) Ebenda.
 64) FCJ, 13.8.90, S.2.
 65) FCJ, 24.9.90, S.5.
 66) So z.B. CNA in SWB, 30.8.90.
 67) ZYRB, 13.9.90.
 68) Ebenda.
 69) Gespräch des Autors mit dem Generalsekretär der MJD, Chen Hanjing, am 2.11.1990 in Taibei.
 70) Zum Neun-Punkte-Vorschlag XNA, 30.9.81.
 71) XNA, 12. und 14.1.84.
 72) BRu 1983, Nr.52, S.4 f.
 73) So der Vorsitzende des Ausschusses, Ma Yingjiu, im Gespräch mit dem Autor am 6.11.1990 in Taibei.
 74) Ebenda.
 75) FCJ, 8.10.90, S.1.
 76) FCJ, 17.9.90, S.5.
 77) Dazu RMRB, 15.6.90, S.1.
 78) BRu 1990, Nr.12, S.6 f.
 79) BRu 1990, Nr.9, S.32-35.
 80) C.a., April 1988, Ü 35 m.N.
 81) So die Auskunft des Stellvertretenden Generalsekretärs der MJD, Chen Hanjing, im Gespräch mit dem Autor am 2.November 1990 in Taibei.
 82) Ebenda.
 83) FCJ, 6.9.90, S.1.
 84) So der Stellvertretende Generalsekretär der GMD, Zheng Xinxiong, im Gespräch mit dem Autor am 1.November 1990 in Taibei.
 85) Ebenda.
 86) So z.B. in der Rede "Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben" vom 16.1.1980 in: Deng Xiaoping, "Ausgewählte Schriften (1975-1982)", Beijing 1985, S.255.
 87) Der Autor erhielt eine Bestätigung für diese These in zahlreichen seiner Gespräche, die er während seiner Informationsreise auf Taiwan zwischen dem 28.10. und dem 10.11.1990 führen konnte.
 88) In diesem Sinne Prof.Hu Zhiqing in einem Interview mit dem Autor am 1.11.1990 in Taibei.
 89) So Chang Jiabiao, Generalsekretär der "Euro-Asiatischen Handelsorganisation", im Gespräch mit dem Autor am 7.11.1990 in Taibei.
 90) Ebenda.
 91) So die Vorstellung des Direktors des "German Trade Office" in Taibei, Jürgen Franzen, im Gespräch mit dem Autor am 5.11.1990 in Taibei.
 92) FCJ, 18.10.90, S.8.
 93) U.a. FCJ, 8.10.90, S.1.
 94) So Regierungssprecher Shao Yuming in: FCJ, 9.7.90, S.5.
 95) Zahlenwerk bei Lorenz Schomerus, "Die beeindruckendste Erfolgsstory der modernen Wirtschaftsgeschichte", in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 1990, Heft 1, S.4-6.